

Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 27.
Hauptredaktion Nr. 2953.
Ausgabe von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

23,000 Abonnenten.

2 Tagesausgaben.

Haupt-Agentur Wilhelmstr. 6.
Hauptredaktion Nr. 967.
Ausgabe von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends.

Bezugs-Preis für beide Ausgaben: 50 Pfg. monatlich durch den Verlag Langgasse 27, ohne Frangirung. 2 Bll. 50 Pfg. vierteljährlich durch alle deutschen Postämter, ausschließlich Briefmarken. — **Bezugs-Beziehungen** nehmen außerdem jederzeit entgegen: in Wiesbaden die Haupt-Agentur Wilhelmstr. 6 und die 145 Subskribenten in allen Teilen der Stadt; im Bezirk: die dortigen 22 Subskribenten und in den benachbarten Landorten und im Rheingau die betreffenden Tagblatt-Träger.



Anzeigen-Preis für die Zeile: 15 Pfg. für lokale Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Kleiner Anzeiger“ in einheitlicher Spaltenform; 20 Pfg. in davon abweichender Spaltenführung, sowie für alle übrigen lokalen Anzeigen; 30 Pfg. für alle auswärtigen Anzeigen; 1 Bll. für lokale Anzeigen; 2 Bll. für auswärtige Anzeigen. Ganze, halbe, viertel und viertel Seiten, durchlaufend, nach beiderseitiger Berechnung. Bei wiederholter Aufnahme unveränderter Anzeigen in kurzen Zwischenräumen entsprechender Rabatt.

Anzeigen-Nachnahme: Für die Abend-Ausgabe bis 12 Uhr mittags; für die Morgen-Ausgabe bis 8 Uhr nachmittags.

Für die Aufnahme später eingereicher Anzeigen in die nächsterfolgende Ausgabe wird keine Gewähr übernommen.

Nr. 112.

Wiesbaden, Donnerstag, 7. März 1907.

55. Jahrgang.

Abend-Ausgabe.

1. Blatt.

Politische Übersicht.

Kein Enteignungsgefahr?

In politischen Kreisen will man jetzt wissen, daß die Absicht, dem Abgeordnetenhaus eine Vorlage zugehen zu lassen, die das Recht zur Enteignung polnischer Grundbesitzer gewährt, als mindestens vertagt, wenn nicht als aufgegeben betrachtet werden muß. Es wird erzählt, daß auch konservative Mitglieder der Staatsregierung vertraulich vorgestellt hätten, eine solche Vorlage würde nur unter den größten Schwierigkeiten durchzusetzen sein. Auch vom Herrenhaus sollen gleiche Vorstellungen in geeigneter Weise gemacht worden sein, so daß Fürst Bülow unter dem Eindruck dieser Einwendungen vorgezogen habe, die Angelegenheit wenigstens, wie gesagt, zu vertagen. Man wird ja bald erfahren, ob diese Darstellung, die in parlamentarischen Kreisen seit einigen Tagen verbreitet ist, das Richtige trifft. Wir glauben, daß sie es tut, müssen aber selbstverständlich eine authentische Bestätigung abwarten. Keinesfalls können sich die leitenden Stellen darüber im unklaren sein, daß die Enteignung deutscher Staatsbürger aus politischen Gründen bei den Polen die maßloseste Verbitterung erzeugen und bei allen Liberalen die größte Mißbilligung und den stärksten Widerspruch hervorrufen muß. Eine „Versöhnung“ läßt sich durch ein grausames Unrecht am wenigsten anbahnen.

Die Gefindeordnung im preussischen Landtag.

Gelegentlich der augenblicklich stattfindenden Etatsberatungen im Abgeordnetenhaus ist beim Etat des Ministeriums des Innern wie schon in vorhergegangenen Jahren so auch diesmal der Gefindeordnung gedacht und ihre Abschaffung beziehungsweise Modernisierung verlangt worden. Die Gefindeordnung oder vielmehr das Konglomerat von Bestimmungen, welche nicht nur für das eigentliche Hauspersonal, sondern auch für eine große Klasse von Beschäftigten, die mit dem Gefindewesen nichts zu tun haben, Geltung haben, stammt noch aus den Zeiten der absoluten Monarchie. Die letzte Kodifizierung geschah im Jahre 1810, wobei ein Teil der weit älteren, in den einzelnen Teilen verschiedenen Bestimmungen erhalten blieb. Ein Jahrhundert fast ist seitdem vergangen, in welchem sich die Lebensverhältnisse und die Lebensanschauungen, wie der Minister selbst anerkennt, völlig geändert haben — die alten, veralteten Bestimmungen aber sind unentwegt bestehen geblieben. Das hat notwendig zu Verhältnissen führen müssen, die längst unhaltbar geworden sind und es mit jedem Jahr mehr werden. Neben dem landwirtschaftlichen Gefinde ist die Klasse der landwirt-

schaftlichen Arbeiter und der Arbeiter in der Forstwirtschaft entstanden, die heute zahlreicher sind als die der Gewerbeordnung unterstellten rein gewerblichen Arbeiter. Von letzteren waren im Jahre 1905 ungefähr 8,4 Millionen, von den ersteren rund 11,4 Millionen Personen. Trotzdem sind sie immer noch der Gefindeordnung unterworfen und damit von der Kranken-Versicherung ausgeschlossen. Auch andere Klassen von erwerbstätigen Personen, deren Beschäftigung ausgeprägt gewerblichen Charakter trägt, unterstehen noch der Gefindeordnung, z. B. die Musikerlehrlinge u. a. m. Die Verechtigung eines solchen Zustandes ist heute ganz gewiß nicht mehr anzuerkennen, zumal diese Personengruppen dadurch von sehr erheblichen Rechten, vor allem dem Koalitionsrecht, ausgeschlossen sind. Der preussische Minister des Innern hat es leider wiederum abgelehnt, einer Reform auf diesem Gebiete näher zu treten. In seiner Erwiderung beschränkte er sich lediglich auf das eigentliche Hausgefolge, dessen allgemeine Lage und dessen Verhältnis zu seinen Arbeitgebern nicht durch papierene Vorschriften allein bestimmt werde. Das ist zum Teil richtig, aber nicht um die eigentlichen Hausbediensteten handelt es sich, sondern um die weitaus größere Anzahl anderer Personen, die neben den wirklichen Diensthofen stehen. Der Minister erklärte schließlich, die ungeheuren Schwierigkeiten, die mit einer Reform des Gefinderrechts verknüpft wären, veranlaßten ihn zu seiner ablehnenden Haltung. Dem kann durchaus nicht zugestimmt werden. Was für die Industrie und das Gewerbe mit seinen so verschiedenen und schwierigen Verhältnissen möglich gewesen ist, muß auch für die jetzt noch der Gefindeordnung unterworfenen Personengruppen möglich sein. Zum mindesten muß die Abtrennung der Diensthofen im eigentlichen Sinn von den landwirtschaftlichen und forstwirtschaftlichen Arbeitern durchgeführt werden.

Aus den russischen Notstandsgebieten.

g. Petersburg, 4. März.

So viel Schreckliches auch schon über die russische Hungersnot verlautet ist, man wird bei jeder weiteren Meldung darüber immer wieder aufs neue von Entsetzen erfüllt. Ergreifend klingt, was der Landeshauptmann vom Gouvernement Ufa in einem Berichte schreibt: „Ich selbst“, heißt es dort, „verwalte den 7. und 8. Bezirk und kenne die wahre Lage der Bewohner beider Bezirke, d. h. von sechs Woiwods, genau. Es herrscht wirkliche Hungersnot. Dem Vorrat an Getreide wird immer mehr Schmelz beigemischt. Jetzt ist es aber schon schwer, Getreide zu bekommen. Eine Schaar von Hungerigen umlagert mich vom Morgen bis zum Abend in meinem Amtszimmer, in den Woiwodsverwaltungen, in den Lokalen der Gemeindeverwaltungen. Einige bringen direkt in meine Wohnung ein. Einige fordern, andere bitten und entschuldigen sich, daß sie mich mit unaussprechlichen Bitten quälen, die ich nicht erfüllen kann. Viele erklären einfach, daß sie tagelang nichts

geessen haben. Es hat Fälle gegeben, wo man mit Kindern ins Amtszimmer brachte und dabei sagte: „Ernähre sie selbst! Wir wollen es nicht sehen wie sie sterben“. In einer Nachschrift des Landeshauptmanns heißt es noch: „Soeben habe ich von einem Arzt die Nachricht erhalten, daß in Woljatsk 50 Personen am Typhus erkrankten. Ich ordnete unter meiner persönlichen Verantwortung an, Korn von Kaufleuten leihweise zu entnehmen und es den Erkrankten zu geben. Wie ich diese Schuld zurückzahlen soll, weiß ich nicht!“ Dieser Brief wurde schon Anfang Januar geschrieben. Jetzt liegen Nachrichten vor, daß der Hungertyphus seitdem große Dimensionen annahm. Der „Reich“ wird aus Kasan geschrieben, daß der Verkauf von Töchtern durch ihre hungernden Eltern im kasanischen Gouvernement fortduere. Im Kreise Teusch ist aus dem Dorfe Dantschewa die 19jährige Chasika für 100 Rubel verkauft worden, aus Burnaschewa die Bibi Savrom (18 Jahre alt), die Gisi Benat (20 Jahre alt), die Leila Weder (22 Jahre alt) für je 60 Rubel, die 17jährige Schamiei für 70 Rubel, die Bibi Kewa (17 Jahre alt) für 100 Rubel. Das klingt unglaublich, und man fühlt sich bei diesen Verkaufsregistrierungen in die finsternen Zeiten des Mittelalters versetzt. Und doch sind es Bilder aus der Gegenwart, die hier aufgerollt werden.

Italienisches Eisenbahnenfeld.

m. Rom, 5. März.

Mit der schon von so vielen verurteilten Unzulänglichkeit des italienischen Eisenbahnwesens ist es seit Übernahme des Betriebes durch den Staat keineswegs besser geworden. Der König selbst hat schon darunter leiden müssen; denn als er vor einigen Tagen von Rom abreisen wollte, war für den königlichen Zug kein Lokomotivführer aufzutreiben. Der Fürst sah sich dadurch genötigt, seine Abreise zu verschieben, mußte aber schließlich doch einen gewöhnlichen Zug benutzen. Die Stadträte von drei großen Handelsmetropolen, Genua, Mailand und Turin, gaben sich kürzlich ein Stellschwein, um gegen die fortwährende Lahmlegung des Bahnverkehrs zu protestieren. Das ist ein Zeichen, daß man die wirtschaftlichen Folgen der häufigen Störungen zu verspüren beginnt. In erster Linie mußte natürlich der Fremdenverkehr darunter zurückgehen und der war bisher eine recht bedeutende Quelle nationaler Wohlfahrt. Einen viel schlimmeren Schlag aber mußte die italienische Volkswirtschaft erleiden, wenn England einen Plan ausführen würde, den man ihm neuerdings unterlegt und der dahin ginge, die indische Post künftig über Marseille statt über Brindisi zu leiten. Im übrigen darf nicht verkannt werden, daß die italienische Regierung mit außerordentlichen Schwierigkeiten zu kämpfen hatte, seitdem vor zwei Jahren der überwiegende Teil der Eisenbahnen vom Staate übernommen wurde. Während der schleppenden Verhandlungen, die der Übernahme vorausgingen, war das rollende Material sowohl in Qualität wie Quantität für den wachsenden

Fenilleton.

Vom chinesischen Journalismus.

Vor einiger Zeit machte eine Liste der deutschen Zeitungen, die auf ein mehr als hundertjähriges Alter zurückblicken können, die Runde durch die Blätter. So ehrwürdig und auch diese Veteranen der deutschen Zeitungswelt erscheinen mögen, sie werden doch weit in den Schatten gestellt durch das älteste Blatt der Welt, die offizielle Zeitung der Chinesen, den „King-Pao“, der vor einigen Monaten das Jubiläum seines 1400. Jahrgangs feiern konnte.

Lutgi Rotta teilt in einem interessanten Artikel des „Secolo XX“ einige bemerkenswerte Daten aus der Geschichte dieses Uralters der Zeitungen mit, der noch heute täglich als ein kleines Heft von mindestens 10 Blättern mit gelbem Umschlag erscheint und obwohl er Jahrhunderte durchlebt hat, noch keinerlei Anzeichen von Altersschwäche aufweist. China ist ja das Land, in dem schon im Jahre 105 n. Chr. die Herstellung des Papiers und gegen Ende des 6. Jahrhunderts die Buchdruckerkunst erfunden wurde; damit waren auch die Vorbedingungen für die Entstehung einer Zeitung gegeben.

Nach heute kann man die ersten Väter, die zum Drude des „King-Pao“ dienten, sehen. Es sind Würfel aus Buchsbaumholz, die in ganz roher Weise geschnitten sind und im Relief die geheimnisvollen Schriftzeichen der chinesischen Sprache, die bekanntlich Wortzeichen sind, tragen. Der ziemlich lange Gebrauch der Lettern und die ähnelnde Einwirkung der Druckerschwärze haben diese Zeichen trotz der großen Überhandkraft des Holzes arg mitgenommen. Dann traten an die Stelle der ersten Lettern andere aus Buchsbaum- oder Kieferholz, die schon eine elegantere Form aufwiesen, und schließlich kamen die alten Chinesen auf den Gedanken,

sie in Metall zu gießen. Auch in den Metallbuchstaben läßt sich mit fortschreitender Kultur eine Entwicklung von rohen primitiven Formen zu den feineren, schlankeren Zeichen der neueren Zeit verfolgen.

Der „King-Pao“, der das offizielle Blatt von Peking ist, bringt vor allem die Nachrichten vom kaiserlichen Hofe, kaiserliche Erlasse und Eingaben der höchsten Behörden, die den höheren Beamten zur Kenntnis gebracht werden sollen; daneben enthält er auch interessante aktuelle Nachrichten. Das Blatt hat in seiner langen Geschichte auch blutige Episoden erlebt; es ist die Veranlassung zu heftigen Aufständen und erbitterten Kämpfen gewesen. Verschiedene Male sah sich seine Redaktion von einer wütenden Menge oder von aufständischen Soldaten des Kaisers angegriffen. In den Nummern der Zeitung, die in den kaiserlichen Bibliotheken sorgfältig aufbewahrt werden, finden sich Mitteilungen von grausamen Kämpfen, von dem schrecklichen Ende von Direktoren und Redakteuren, die nach chinesischem Brauch an den Worten des Zeitungsbureaus selbst gekreuzigt worden sind. Als einmal in alten Zeiten ein Direktor des Blattes einem Kronprinzen nicht willfährig war, erlitt er für seine Treue gegen die alte Dynastie eine furchtbare Strafe. Das Haus, in dem sich die Redaktion befand, wurde von den Parteigängern des Prinzen in Brand gesteckt, und als die erschrockenen Redakteure sich flüchten wollten, fielen sie unter den Lanzen der im Hinterhalt Lauernenden. Der Direktor selbst wurde an der Schwelle seines Bureaus getötet und sein Leichnam vor dem Hause ans Kreuz geschlagen. . .

Die Redaktion einer chinesischen Zeitung macht auf den Europäer einen höchst seltsamen Eindruck. In einem kleinen Zimmer lauern die Redakteure auf Strohmatten und bedecken vor ihnen liegende Papierstreifen mit Hilfe eines Pinsels mit winzigen Schriftzeichen. Es sind in der Regel Leute von guter Bildung und weitem Wissen, die ihren Lesern ge-

nügend interessante Dinge zu erzählen haben. In vielen Fällen sieht jedoch der Redakteur aus seiner Wohnung in die Druderei „was er weiß“; unten im Erdgeschoß stehen die Setzer und die Druckerpressen bereit, ihre Elaborate zu drucken. Der „King-Pao“ ist lange nicht mehr das einzige Blatt in China; gerade in unseren Tagen, in denen sich auf allen Gebieten in dem gewaltigen Reich der Mitte Anläufe zu einer neuen Entwicklung bemerkbar machen, ist auch der chinesische Journalismus schnell emporgeblüht und spielt eine bedeutende Rolle in der tiefgreifenden Reformbewegung, die das ganze Reich erfasst hat.

Die erste chinesische Zeitung, die mehr nach dem Vorbilde der europäischen Blätter gehalten ist, wurde allerdings im Jahre 1870 von dem Engländer Major in Shanghai gegründet, und sie ist bis heute das gelesenste Blatt in China geblieben. Shanghai ist das große Nachrichtenzentrum Chinas, in dem der größte Teil der chinesischen Zeitungen gedruckt wird; freilich flattern auch von hier besonders viele der „Enten“ auf, die so häufig aus dem fernen Osten kommen. Verhältnismäßig stark ist die europäische Presse in China vertreten, besonders die englische (deutsche Blätter gibt es drei). Eine bedeutende Rolle spielt auch ein illustriertes Blatt „Dien Ch Jang“, das in Schwarz- und Weißzeichnungen aktuelle Ereignisse wie historische Episoden und alte Legenden illustriert und ganz hervorragende Künstler zu seinen Mitarbeitern zählt. . .

Die Verbreitung der Zeitungen wird durch Straßenverkäufer besorgt. Des Abends, wenn die Sonne untergeht, flürmen die Ausrücker durch die Straßen und verkünden das neueste große Ereignis, über das die Blätter berichten. Dazu schlagen sie einen kleinen Gong, dessen durchdringende Töne die Aufmerksamkeit aller Passanten und Anwohner in den engen Straßen auf sie lenken. Der Preis für diese Blätter ist außerordentlich niedrig gestellt. C. K.

Verkehr völlig minderwertig geworden. Ein anderer Mangel besteht in dem niedrigen Stande der Gehälter, die den Eisenbahnangestellten gezahlt werden. Es sind jedenfalls außerordentliche Anstrengungen notwendig, um das italienische Eisenbahnwesen wenigstens einigermaßen wieder in Ordnung und Schwung zu bringen.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 6. März.

(Schluß aus der Morgen-Ausgabe.)

Zur Beratung steht der
Nachtragsetat für Südwestafrika.

Abg. Semmler (nat.-lib.) meint, die Bedingungen des Friedens hätten nicht ganz dem entsprochen, was hier und da erwartet wurde. Oberst Deimling sei man für seine Bereitwilligkeit, auch durch Unterhandlungen den Zustand zu beenden, Dank schuldig. Die Unterstützung der Farmer sei unbedingt notwendig. Die Erschließung des Landes vom Süden bis nach Rehobot fordere, daß so ziemlich alles von Grund auf neu gemacht wird. Die Begebung der Kronländerereien wird aber mit einer gewissen Zurückhaltung erfolgen müssen. Hätten wir die Bahn gehabt, so hätten wir den Zustand nicht gehabt. Der Norden mit dem Süden muß durch eine provisorische Bahn verbunden werden. Die Bereitwilligkeit meiner Partei für die Bewilligung etwa nötiger Ausgaben für die Kolonien steht außer Frage. Was den Kredit betrifft, den das Reich der Kolonie zum Bahnbau geben soll, so begrüße ich die Vorlage als durchaus zweckmäßig. Der Afrikanerbewegung wird man infolge der letzten Ereignisse in Transvaal auch Aufmerksamkeit schenken müssen. Die Kapitalfrage werden wir in der Budgetkommission zu prüfen haben.

Abg. Batmann (wirtsch. Ver.) kommt nach gewissenhafter Prüfung zu der Annahme des Nachtragsetats aus nationalen und wirtschaftlichen Gründen. Die Höhe der Truppenermäßigung muß den Militärbehörden überlassen bleiben. Er stimme auch für den Bahnbau. Der Stellung des Kolonialdirektors in der Eingeborenenfrage stimme er in vollem Umfange zu.

Abg. Erbsitz (in Hohenhausen (Reichsp.) erklärt, daß seine Partei den beiden Nachtragsetats in vollem Umfange zustimmen werde. Beim Kriege in Südwestafrika, der so viele Opfer erfordert hat, handelte es sich um unsere Waffenhoch und deswegen mühten wir durchhalten. Aber es wäre doch traurig, wenn wir unsere Waffenhoch für ein wertloses Gebiet eingestrichen hätten. Ich bin der Meinung, daß wir um ein wertvolles Gut gestritten haben. Unsere Pflicht wird es sein, die Vorbedingungen zu schaffen, daß die Farmer ihre Rohprodukte verwerthen können. Aber die Truppenstärke will ich mir kein Urteil erlauben, denn ich bin sehr überzeugt, daß sich unser Kommandeur der Verantwortlichkeit bewußt ist, die er unserem Volke und den Steuerzahlern gegenüber hat. Mit großer Freude begrüße ich es, daß es dem Kolonialdirektor gelungen ist, das deutsche Kapital zur Erschließung unserer Kolonien flüssig zu machen. Wenn die Kapitalisten und Anstifter in unserem Schutzgebiet vorwärts kommen sollen, so brauchen sie neben dem Schutz von Gut und Leben auch Verkehrsmittel. Wenn wir konfiszieren wollen, müssen wir Bahnen bauen, und deswegen stimmen wir der Vorlage über die Fortsetzung der Bahn bis nach Keetmanshoop zu.

Abg. Kopsch (freis. Volksp.): Die Unterwerfung der Eingeborenen begründen wir und billigen die Friedensbedingungen. Beide Nachtragsetats werden wir bewilligen in Konsequenz der Haltung, die wir am 13. Dezember eingenommen haben. Die Aufgabe, welche der Schutztruppe in Südwestafrika in Zukunft zugewiesen ist, wird sich jedenfalls aus von einer verstärkten Polizeitruppe erfüllen lassen. Dem Dank für

die Aufopferung der Truppen in Südwestafrika schließen auch wir uns von Herzen an (Bravo!) und wünschen, daß das Vaterland sich der zurückkehrenden Soldaten wirksamer annehme als durch die Verleihung einer Denkmünze. Redner weist die Behauptung zurück, als ob die heutige Haltung der Freisinnigen im Widerspruch steht zu der Haltung Eugen Richters. Richter habe nie einen Zweifel gelassen, daß alles geschehen müsse, um den Besitz der Kolonien, nachdem man einmal sich damit eingelassen, militärisch zu sichern. Wir sind auch nicht prinzipielle Gegner der Kolonialpolitik gewesen, wir haben uns nur gegen das bisherige System der Kolonialpolitik gewandt, mit untauglichen Kräften große Erfolge zu erzielen. Wenn das System sich jetzt ändert, so sind wir gern bereit, die Kolonialpolitik in den durch unser Programm festgelegten Grenzen zu unterstützen. Dadurch, daß für den Bahnbau die Form eines Darlehens an das Schutzgebiet gewählt wird, ist ein gewisser Druck auf die gewissenhafte Verwaltung der Schutzgebiete ausgeübt. Und das ist ein Nutzen, wenn auch die Ausschüttung auf die Rückzahlung des Darlehens einwillen gering sind. Redner wünscht Auskunft über Einzelheiten des Bahnbaues und hegt besonders Bedenken, daß der Firma Lenz durch die Bahnbauten eine Art Monopolstellung, ähnlich wie der Firma Tippleskirch, eingeräumt werde. Das Misstrauen gegen die Kolonialverwaltung ist im Schwinden und wir wünschen und hoffen, daß in den nun betretenen besseren Bahnen die Kolonialverwaltung fortfahren und Erfolge haben wird.

Kolonialdirektor Dernburg: Eine Denkschrift über den Eisenbahnbau in den Kolonien werde demnächst dem Hause zugehen. Es stehe schon fest, daß die Zolleinnahmen für Ostafrika um eine Million über den Voranschlag zugenommen haben, was dem Anschluß an die englische Ugandabahn im wesentlichen zu danken sei. Der Landpekulation treten wir auch dadurch entgegen, daß wir alle Terrains in der Nähe der Bahnhöfe für die Regierung in Anspruch nehmen. Durch Umfah- und Wertzuwachssteuern hoffen wir, manchen Mißständen ein Ende zu machen. Die Frage, ob Aktien zu einem geringeren Betrage als 1000 M. hier zugelassen sind, gehört nicht zu meinem Ressort, sondern ist Sache des preussischen Handelsministers. Die Südwestafrika-Gesellschaft ist eine englische Gesellschaft, die von Engländern zu einer Zeit gegründet worden ist, wo sich in Deutschland niemand fand, sein Geld dafür herzugeben. Wenn das deutsche Kapital jetzt größeren Einfluß gewinnen will, so ist das durchaus wünschenswert. Aber damit hat die Höhe des Aktienbetrages nichts zu tun. Ich bin persönlich der Meinung, daß die 20-Mark-Aktie für uns nicht geeignet ist; denn wer hundert Mark nicht für diesen Zweck entbehren kann, der kann auch 20 M. nicht entbehren. Die Summen, die für den Bahnbau ausgeworfen sind, haben nur den Charakter eines Voranschlages, denn tatsächlich ist die Sache so gedacht, daß die Firma Lenz auf eigene Kosten baut und zu ihren Kosten nur einen gewissen Zuschlag von 8 bis 9 Prozent erhält. Die Bahn wird der Firma nur auf zehn Jahre verpachtet, aber nur so, daß der Vertrag jederzeit gelöst werden kann. Von einem Monopol kann also gar keine Rede sein.

Abg. Ledebour (Soz.) polemisiert gegen den Abg. Kopsch und hält es für überflüssig, daß noch eine so starke Truppenzahl, wie es beabsichtigt sei, in den Schutzgebieten bleibe. Der Reichstanzler hat vor kurzem eine Londoner Korrespondenz des „Vorwärts“, die eine Ansicht wiedergibt, die in England gang und gäbe ist, und die dahingehet, daß Deutschland in Südwestafrika eine so starke Truppe nur gegen England halte, eine widerträgliche Verleumdung genannt. Wie kommt man denn in England dazu, eine solche Ansicht zu haben? Diese Ansicht ist lediglich eine Folge der Phantasiepolitik des alldeutschen Verbandes. Der Reichstanzler ist ahnungslos aus diesen Tatsachen vorübergegangen, aber er kann nicht

verlangen, daß das Ausland ebenso ahnungslos durch die Weltgeschichte geht. (Große Heiterkeit.) Erst durch den „Vorwärts“ mußte der Reichstanzler über die Stimmung im Ausland unterrichtet werden und das beweist wieder, wie unbedingt notwendig der „Vorwärts“ für die Reichsregierung ist. (Große Gelächter.) Der Reichstanzler glänzt heute wieder einmal durch Abwesenheit und entzieht sich dadurch der Verantwortung. (Unruhe rechts. Vizepräsident Paasche: Herr Abgeordneter, Sie haben nicht das Recht, darüber zu entscheiden, ob sich der Reichstanzler für verpflichtet hält, hier im Hause zu erscheinen oder nicht. Große Unruhe bei den Sozialdemokraten und den Polen.) Gewiß, Herr Präsident, haben wir das Recht, unseren Gefühlen über das Verhalten des Reichstanzlers Ausdruck zu geben, zumal der Reichstanzler sich in letzter Zeit wiederholt der Verantwortung entzogen hat. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten und Polen.) Ich wiederhole, daß der Reichstanzler sich nach heftigen Angriffen gegen eine Partei, die, wenn sie bewußt gemacht waren, verurteilend gewesen wären (lebhaft Zustimmung bei den Sozialdemokraten, Polen und im Zentrum.) der Verantwortung entzogen hat und auch nicht durch einen seiner Stellvertreter, auch nicht durch den allgegenwärtigen Herrn v. Voebell, Nemedur hat eintreten lassen. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten, Polen und im Zentrum.) Redner kritisiert die Verträge des Kolonialamts mit Tippleskirch und greift sodann den Kolonialdirektor festig an, weil er in der Budgetkommission Bezug nahm auf die Ausführungen des Musterfarmers Schlettewein, der eine so große Rentabilität des Farmerbetriebes herausgerechnet habe. Der Kolonialdirektor hat eine sehr gute Phantasie, aber was uns der Kolonialdirektor in der Budgetkommission vortrug, das ist schon nicht mehr Phantasie, sondern reiner Bluff. (Präsident Graf Stolberg: Bluff ist eine unehrliche Handlung beim Spiel, diesen Vorwurf dürfen Sie dem Kolonialdirektor nicht machen. Ich rufe Sie zur Ordnung.) Herr Präsident, der Justizminister Ruchstrat hat aber diese Tätigkeit als zulässig anerkannt. (Große Heiterkeit.) Herr Schlettewein hatte gut glänzende Prospekt machen, weil er an seine Arbeiter Hungerlöhne zahlte. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Das ist schon kein Musterbetrieb mehr, sondern das ist Gewissenlosigkeit. (Unruhe rechts. Präsident Graf Stolberg ruft den Redner wegen dieses Ausdrucks zur Ordnung.) Einen solchen Mann mag die Kolonialverwaltung uns als Kronzeugen hinstellen und ihn auf Propagandareisen im Lande umherzuschicken. Damit verkümmert die Kolonialverwaltung den Anspruch, ernst genommen zu werden. Wir müssen die Kolonialpolitik bekämpfen, weil sie mit den brutalsten Mitteln der kapitalistischen Ausbeutung arbeitet und die freisinnigen geben sich dazu her, dieses System als Schutztruppe des Reiches zu unterstützen, nur weil ein freisinniger Bankdirektor jetzt Kolonialdirektor ist. (Lebhafter ironischer Beifall rechts.)

Abg. Schrader (freis. Vgl.): Wir befinden uns heute in einer sehr friedlichen Stimmung. Da mußte Herr Ledebour kommen, um in noch schärferer Weise wie früher die alte Kolonialpolitik zu kritisieren. Er hat wenig Erfolg damit gehabt oder doch nur einen ungewollten Heiterkeitserfolg. Er glaubt doch wohl selbst nicht, daß wir seine Ausführungen ernst nehmen und die Sozialdemokraten als die einzigen anerkennen, die es mit Deutschland gut meinen. Der Reichstanzler hat früher mit Recht gegen die Phantasien in alldeutschen Blättern geschwiegen, weil es eben gut ist, zu gewissen Dingen zu schweigen. Nachdem die streng wissenschaftlichen Arbeiten ganz unabhängig von der Regierung angefertigt sind, ist es doch klar, daß Südwestafrika vorwärtskommen kann, zumal jetzt der erste Wille bei der Regierung vorhanden ist, die richtigen Wege zur Entwicklung dieses Landes einzuschlagen.

Abg. Hindewald (Antif.) erklärt, daß seine Freunde beiden Nachtragsetats zustimmen werden.

Aus Kunst und Leben.

H. Frankfurter Schauspielhaus. Man schreibt uns: Wieder eine Meile! Frank Wedekinds fünfaktiges Schauspiel: „So ist das Leben“ fand bei seiner Erstaufführung im hiesigen Schauspielhaus wenig Verständnis und gemischten Beifall, der, wenn er kräftiger einsetzt, den Hauptdarstellern, Herrn Bauer (König Nicolo) und Fr. J. J. (dessen Tochter) galt. Wedekind reitet in seinem sich selbst gewidmeten Drama — manchmal ist es auch Burleske — das bereits von Gulda abgemachte Stöckchen: Du bleibst der König, auch in Unterhosen! — und so haben wir denn Seine Majestät Frank Wedekind als verkannten König (unter den Schriftstellern) sein Königtum durch einen Schlächtermeister (holl die Kritik vorstellen) verlieren, sich durchs Leben schinden, um schließlich als Hofnarz des zum König ernannten früheren Meßgers mit seiner phänomenalen Weisheit diesem helfen, sein Volk gut und weise zu regieren. — Ohne eine Erklärung, was der Verfasser eigentlich mit seinem Schauspiel „So ist das Leben“ sagen will, wird kein Mensch ihn und sein Werk verstehen, denn der Titel paßt genau so gut zum Inhalt, als wenn er das Stück „Die Fahrenregler“ oder „Na, was sagst du denn dazu?“ genannt haben würde. Die rasch vorüberfliehenden Bilder — Szenen kann man nicht anders sagen, weil dem Ganzen der Zusammenhang fehlt — waren von Dr. Heine gut studiert und wurden von allen, zumal von Bauer und Garba J. J. charakteristisch gespielt. Besonders Fr. J. J. verdient als lebensgroßes Königsstücklein reiches Lob. Sie ist auf dem besten Wege, eine hervorragende Künstlerin zu werden. — Nächsten Samstag beginnt Madame Suzanne Després ein kurzes Gastspiel im hiesigen Schauspielhaus.

* Der Kaiser beim „Hund von Baskerville“. Man berichtet den „M. N.“ aus Berlin: Der Kaiser wohnte Dienstag mit mehreren Prinzen und mit großem Gefolge der Vorstellung des „Hund von Baskerville“ in Bonn's Berliner Theater bei. Nach einer Mitteilung, die Direktor Bonn an die Presse versendet, sagte der Kaiser zu ihm am Schluß der Vorstellung: „Ich finde

dieses Stück vor allem viel gehaltvoller als den „Sherlock Holmes“ und ganz besonders habe ich den Mut bewundert, mit dem Sie gewisse Wahrheiten auszusprechen gewagt haben. Jetzt begreife ich erst den Kampf, den Sie bestehen mußten.“ Darauf hat Direktor Bonn um Freigabe seiner seit 8 Jahren verbotenen Friedrich-Trilogie, eine Witze, die auf dem gewöhnlichen Infanzienweg dem Kaiser bisher nicht erreicht hatte. Der Kaiser nahm das Buch aus der Hand des Verfassers entgegen. Die Äußerung des Kaisers über die „mutigen Wahrheiten“, die der „Hund von Baskerville“ enthalte, bezieht sich auf die Ausfälle, die Direktor Bonn gegen die Presse richtete.

* Die Skala des Ruhms. Bei einer interessanten Autographenversteigerung, die in Paris stattfand, wurden unter lebhafter Beteiligung eine Anzahl Briefe zum Verkauf gebracht. Die sehr verschiedenen Preise, die dabei erzielt wurden, geben einen Gradmesser dafür ab, in welcher Schätzung sich die betreffenden Briefschreiber bei dem großen Publikum befinden. So brachte ein Brief von Gounod 10 Frank, von Spontini 21 Frank, von Verdi 28 Frank, von Wagner 34 Frank, von Paganini 50 Frank und Mendelssohn 76 Frank. Sechs Briefe von Boieldieu erzielten 112 Frank, während ein einfaches halbeinseitiges Briefchen von Chopin für 125 Frank verkauft wurde. Zwei Briefe von Wagner brachten 98 und 220 Frank, eine Dittung von Beethoven (über seine Pension von 1200 Gulden vom Erzherzog Rudolf) 103 Frank. Briefe von französischen Schauspielern wurden im allgemeinen gering gewertet; nur ein Brief von Sarah Bernhardt wurde mit 35 Frank bezahlt. Außerdem kam eine Anzahl von musikalischen Autographen zum Verkauf. Eine Bleistiftskizze von zwei Orchesterstücken zum „Hohengrin“ von Richard Wagner erreichte den hohen Preis von 130 Frank, ein Skizzenblatt von Beethoven wurde sogar mit 180 Frank bezahlt. Eine Sonate von Gounod brachte 310 Frank, die Orchesterpartitur zu Massenet's „Phädra“ 505 Frank, eine Mazurka von Chopin 705 Frank und schließlich als Höhepunkt des Ganzen ein einfaches Lied von Schubert auf einer einzigen Seite 1300 Frank! Niemand hat Schubert mit einer Seite Musik soviel Geld verdient.

Theater und Literatur.

Die diensttägige Premiere des Schauspiels „Meine Gefährten“ von Camilla Theimer im Wiener Rathnundtheater mußte im dritten Akte abgebrochen werden, da die Hauptdarstellerin, Fr. Heisey, von Herz-Krämpfen befallen wurde.

Aus London wird dem „M. N. Tagbl.“ berichtet: Der bekannte Novellist Sir Arhur Conan Doyle, der Schöpfer der Detektivfigur Sherlock Holmes, liegt schwer krank in seinem Landhause in Hindhead darnieder.

Wissenschaft und Technik.

Die Arbeiten für das Bennisgen-Denkmal in Hannover sind soweit vorgeschritten, daß die Enthüllung des Denkmals noch in diesem Jahre, vielleicht noch am Geburtslage Bennisgens (10. Juli) stattfinden kann. Das Denkmal, das von den hannoverschen Künstlern Gundelach und Väter hergestell wird, wird, wie der „Hann. Kur.“ meldet, an der Rudolf v. Bennisgenstraße gegenüber dem Provinzialmuseum seinen Platz finden.

In Paris hat sich nach der „Frankf. Ztg.“ unter dem Vorsitz von Maurice Vélout eine Société de l'histoire du costume gebildet, die sich zur Aufgabe macht, das Studium der Kostümkunde zu fördern und ein besonderes Museum-Museum zu gründen. Das Museum soll neben den eigentlichen Sammlungen eine Bibliothek enthalten, in welcher Bücher und Zeichnungen möglichst eingehende Spezialstudien ermöglichen. Ein Kongreß der französischen Ärzte wird im April in Paris zusammentreten, um über zwei wichtige Fragen zu beraten: 1. über Reformen des medizinischen Unterrichts, 2. über die freie Arztwahl. Es soll unter anderem verhandelt werden über das Krankenhaus als Mittelpunkt des klinischen Unterrichts, über Ferienkurse und den Fortbildungsunterricht, über die Organisation der Examina, über den Unterricht in den Sommerfächern für den praktischen Arzt und den Spezialisten usw. Die Erörterungen über die freie Arztwahl erstrecken sich auf die großen industriellen Unternehmungen, auf Staatsbetriebe, Unfallverletzte, Armenpraxis.

Kolonialdirektor Dernburg: Daß das Schutzgebiet nicht ganz so wertlos ist, wie die Sozialdemokraten behaupten, wird doch dadurch bewiesen, daß durch den Aufstand ein Wert von etwa 20 Millionen Mark vernichtet worden ist. Der „Vorwärts“ hat vor den Wahlen geschrieben, daß die Sozialdemokratie keinen Pfennig für die Kolonien bewilligen werde, da sie für Deutschland wertlos seien und man froh sein würde, wenn man sie los wäre. Durch dieses Verhalten haben Sie erreicht, daß jetzt nur die Hälfte von den früheren sozialdemokratischen Abgeordneten auf ihren Plätzen sitzen. Da Sie gegen das System der Kolonialverwaltung nicht ankommen können, diskreditieren Sie meine Person und bringen die Geschichte von der Dattelpalme. Ich habe ein Buch vor mir, darin steht geschrieben, daß in Südwestafrika die Dattelpalme so reich gedeihe, daß 200 auf einem Morgen wachsen. Das Buch stammt von August Bebel und heißt: „Die Frau“! (Große, andauernde Heiterkeit.) Ihre Angriffe gegen meine Person tangieren mich in keiner Weise. Ich lasse sie in der papiernen Welt, wo Sie leben. (Lachhaft; andauernder Beifall.)

Donnerstag, 1 Uhr: Staatsnotgesetz und die beiden Interpellationen über die Weinfrage.

Schluß: 6 Uhr.

Die Budgetkommission des Reichstags

bewilligte einen Posten mit 100 000 M. für Einrichtungen und Veranstaltungen, welche dem allgemeinen Interesse des deutschen Handels und Gewerbes dienen, besonders mit Rücksicht auf die Ausbreitung der Baumwollkultur in den deutschen Kolonien; ferner 60 000 M. für die Zwecke des internationalen Landwirtschaftsinstituts in Rom, 5000 M. für die Errichtung einer Zeitballstation in Norddeutschland zwecks Übermittlung von Zeitsignalen durch Funkenspruch an einkommende und ausgehende Schiffe, einen Beitrag von 6000 M. an den deutschen Buchgewerbeverein in Leipzig für ein Buchgewerbemuseum und 70 000 M. für die Kosten des 14. internationalen Kongresses für Hygiene und Demographie 1907 in Berlin. Die Kommission bewilligte ferner mit den Stimmen der Konservativen, Liberalen und des Freisinn die siebente Rate von 150 000 M. für die Hofkönigsburg. Graf Posadowsky sprach auf eine Anfrage die bestimmte Hoffnung aus, daß dies die letzte Rate sein und der Bau in diesem Jahre beendet sein werde. Der Mehrbedarf habe sich erst im Laufe des Jahres herausgestellt. Mit dem inneren Ausbau und der Unterhaltung habe der Reichstag nichts zu tun. Redner betonte die nationale Bedeutung der Burg, welche einen steigenden Strom von Deutschen in die Gegend ziehe. Biemer (freif. Vpt.), Standt (kons.) und Arendt (Reichspt.) sprechen für die Bewilligung, Singer (Soz.), Groeber (Zentr.) und Jochenbach (Zentr.) dagegen. Letzterer betont auch: Für das Heidelberger Schloss lasse man die Badenener allein sorgen! Der Fremdenzufluß sei nicht wesentlich der Burg zuzuschreiben. Die Kommission bewilligte 30 000 Mark für das römisch-germanische Museum in Mainz, 35 000 M. zur Vornahme einer Rekrutierungsfahrt zum Zwecke der Feststellung des Einflusses von Herkunft und Beschäftigung auf die Militärtauglichkeit, 25 000 M. als erste Rate für eine Unfallstatistik des Jahres 1907; ferner 312 500 M. als erste Rate für einen weiteren größeren Saugbagger für den Kaiser Wilhelm-Kanal. Semler (nail.) fragt, wie weit die Vorarbeiten zur Fortführung des Kaiser Wilhelm-Kanals bis Emden geblieben seien und legt die Bedeutung dieser Fortführung für die Volkswirtschaft und die Landesverteidigung dar. Graf Posadowsky erklärt, das Projekt des Kaiser Wilhelm-Kanals sei einer Revision unterzogen und werde demnächst dem Reichstage vorgelegt. Groeber (Zentr.) meint, es sei gut, daß Semler und sein Zentrumsmann die angeregte Frage als Vorfrage für eine eventuelle Flottenvermehrung bezeichnet habe. Man hätte sonst von einer „amerikanischen Prestige“ gesprochen. Die Frage sei zu wichtig, um nebenbei behandelt zu werden. Dr. Arendt (Reichspt.) befürwortet die Fortführung des Kanals, ohne sich die Schlüsse Semlers bezüglich einer eventuell möglich werdenden Vermehrung der Flotte aneignen zu wollen. Die Kommission bewilligt jedoch 100 000 M. für das deutsche Museum in München, 15 000 M. für den Verein zur Erhaltung des kunsthistorischen Instituts in Florenz, 224 000 M. als dritte Rate für die Vermis- und Betriebszählung 1907, 500 000 M. zum Erwerb eines Grundstücks in Charlottenburg für eine spätere Erweiterung des Gebäudes der Normalleistungskommission, der physikalisch-technischen Reichsanstalt und der Arbeiter-wohlstandsausschüsse; ferner 500 000 M. für Versuche zur Motorluftschiffahrt und 40 000 (?) M. zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit.

Dem Reichstag ging ein Gesetzentwurf zu, betreffend Maßnahmen gegen den Rückgang des Ertrages der Maisbottichsteuer. Danach wird der Satz der Maisbottichsteuer-Vergütung auf 0,12 M. für den Liter reinen Alkohol herabgesetzt. Aus dem Ertrage der Maisbottichsteuer werden 4 500 000 M. jährlich entnommen und zur Gewährung von Zuschüssen für den ausgeführten und denaturierten Branntwein verwendet, soweit für diesen eine Maisbottichsteuer-Vergütung gewährt wird. Übersteigen die Maisbottichsteuer-Vergütungen jährlich 15 Millionen, so ist die Entschädigung für die Erhebung und Verwaltung der Maisbottichsteuer um 15 Hundertteile des Mehrbetrages der Vergütungen zu kürzen. In der Begründung heißt es u. a., daß Maisbottichsteuer-Aufkommen gehe seit Jahren zurück, was auf die Mängel der Maisbottichsteuer-Gesetzgebung zurückzuführen sei, insbesondere auf die zu hohe Bemessung des Satzes der Steuervergütung für den zur steuerfreien Verwendung und zur Ausfuhr bestimmten Branntwein. Die vorhandenen Mängel seien sobald wie möglich zu beseitigen, eine weitergreifende Änderung der Branntweinbesteuerung sei gegenwärtig unerfüllbar, weil sie einen zu wesentlichen Eingriff in die wirtschaftlichen Verhältnisse des Brennereigewerbes und in den Aufbau der Geset-

gebung bedeuten, daß sie nur in dem Rahmen einer späteren Neugestaltung der Branntweinsteuer Berücksichtigung finden könnte.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

Berlin, 6. März.

Vorsitzung der Beratung des Eisenbahnetats.

(Schluß aus der Morgen-Ausgabe.)

Minister Breitenbach führt weiter aus, die Zahl der Unfälle sei ständig zurückgegangen. Der Minister, dessen Ausführungen bei der großen Unruhe des Hauses vielfach verloren gehen, gibt schließlich eine Übersicht über die Organisationsbestrebungen der Arbeiter. Solange diese sich in angemessenen Grenzen hielten, würden sie von der Verwaltung gern unterstützt. Dagegen müßten im Interesse der Gesamtheit alle Bestrebungen sozialdemokratischer Natur und solche, die den Generalstreik als ein Mittel zur Erreichung wirtschaftlicher Zwecke ansehen, unterdrückt werden. (Zustimmung.) Man möge ihm dieselbe Unterstützung zuteil werden lassen wie seinem Amtsvorgänger. (Beifall.)

Abg. Duast (kons.) dankt dem Minister für seine Ausführungen. Bei der glänzenden augenblicklichen Finanzlage des Eisenbahnetats dürfe man sich nicht in den Schlaf einfallen lassen. Die Ausgaben für die Eisenbahnen, wie Löhne, Schienen und Kohlen, würden ununterbrochen steigen. Der Staatshaushalt müsse möglichst von den Eisenbahneinnahmen unabhängig gemacht werden. Was den Wagenmangel angehe, so räche es sich heute noch, daß man zur Zeit des Niederganges der Eisenbahneinnahmen die Vermehrung der Betriebsmittel nicht fortgesetzt habe. Redner wünscht Vermehrung der Gepäckwagen. Bei der Betriebsmittelgemeinschaft hätten andere in Betracht kommende Staaten einen größeren Vorteil als Preußen. Mit der Einführung des elektrischen Betriebes solle man sich nicht übereilen.

Abg. Macco (nat.-lib.) erklärt, ein Zurückgehen der Eisenbahneinnahmen sei nicht zu befürchten. Der Ausbau des Bahnnetzes habe nicht gleichen Schritt mit dem Steigen der Anforderungen gehalten. Besonders würde die Leistungsfähigkeit des Güterverkehrs dadurch beeinträchtigt, daß dieser auf die gleichen Geleise angewiesen sei wie der Personenverkehr. Dies mache sich besonders in Rheinland und Westfalen bemerkbar. Auf dem Gebiete der Betriebsmittel seien früher viele Unterlassungsfünden begangen worden, die sich jetzt rächten. Das Betriebskapital sei im Verhältnis zu der Betriebsleistung zu wenig erhöht worden. Redner wünscht die Abweisung der Hochbauverwaltung und der Wasserbauverwaltung vom Ministerium der öffentlichen Arbeiten zur Entlastung desselben. Dies solle nur ein Eisenbahnministerium werden. Der Schaffung eines Zentralamts hebe er nicht unbedingt sympatisch gegenüber, weil dies leicht politischen Einflüssen zugänglich werden könne. Der Minister möge jährlich eine Denkschrift über die Tätigkeit seines Amtes vorlegen. Der Personenverkehr müsse vereinfacht und verbilligt werden. Seine Freunde bedauerten, daß die Betriebsmittelgemeinschaft auf eine Bagatelle zurückgefallen sei. Zu dem gegenwärtigen Minister hätten seine Freunde volles Vertrauen.

Unterstaatssekretär Dombois führt aus, die Einnahmen der Eisenbahnverwaltung seien zwar gestiegen, die Ausgaben aber in noch höherem Maße, ebenso der Betriebskoeffizient. Die Reuanlagen der Erweiterungen würden am besten nicht auf die Anleihen übernommen, sondern auf das Extraordinarium, sonst würde das Geld doch nur in einem anderen Nestort ausgegeben.

Abg. Defer (freif. Volksp.) erklärt, man dürfe die Mittel der Bahnverwaltung nicht von vornherein festlegen, weil man dann in den Zeiten eines Niederganges der Hochkonjunktur den Anforderungen nicht gerecht werden könne. Die Bahnverwaltung müßte auch in Zeiten eines wirtschaftlichen Niederganges Sorge tragen, daß sie den Ansprüchen gewachsen ist. Das Eisenbahnzentralamt werde sich hoffentlich nicht zum Ministerium im Ministerium auswachsen. Bei der Inbetriebnahme der Bahnhöfe Bielefeld und Hamburg hätten sich sehr bedauerliche Verkehrshindernisse ergeben. Redner bedauert dann das Scheitern der Betriebsmittelgemeinschaft, was hoffentlich nicht endgültig sei.

Abg. Freiherr v. Redlich (freikons.) bedauert dies ebenfalls. Man müsse einen Ausgleich suchen zwischen den Finanzinteressen und den Verkehrsinteressen. Die Bedürfnisse des Extraordinariums dürften nicht nach dem jeweiligen Stande der Finanzen bemessen werden. Das habe die Erfahrung der letzten Jahre gezeigt. In Zeiten wirtschaftlichen Niederganges müsse man ganz besonders für eine Stärkung der Betriebsmittel sorgen. Auch auf dem Gebiete der Verbilligung der Gültartarife sei noch nicht genug geschehen.

Abg. Grabski (Pole) bezieht sich über die Behandlung der Zuckerindustrie in Polen anlässlich des Wagenmangels und klagt über den Ausschluß polnischer Züge auf den Bahnhöfen, sowie über das Fehlen von polnischen Aufschriften in den polnischen Sprachgebieten. Redner verteidigt dann die Strassenbahnen, denen die Eisenbahnbeamten nicht angehören dürften. Die Eisenbahnverwaltung dürfe sich nicht mit innerpolitischen Streitigkeiten befassen.

Minister Breitenbach erwidert, die Strassenbahnen bezweckten in erster Linie die Wiederaufrichtung des polnischen Reiches. Deshalb dürften die Eisenbahnbeamten ihnen nicht angehören. Bei den Verhandlungen über die Betriebsmittelgemeinschaft werde Preußen jederzeit sich seiner nationalen Pflichten bewußt sein. Es werde, wenn sich die Betriebsmittelgemeinschaft sollte abschließen lassen, gern mit den einzelnen Staaten Verträge abschließen. Die Bedenken gegen das Zentralamt hält er für unbegründet.

Abg. v. Walke (freikons.) tritt für die Betriebsmittelgemeinschaft ein, nur dadurch sei eine erfolgreiche Bekämpfung des Wagenmangels möglich.

Abg. Hirsch-Essen (nat.-lib.) begrüßt die in Aussicht genommene Verstärkung der Betriebsmittel. Man müsse auch an die Ausgestaltung der Verkehrswege denken. Die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie beruhe auf möglichst geringen Produktionskosten. Da man unmöglich die Löhne herabsetzen könne, müsse man deshalb die Frachttarife herabsetzen.

Darauf wird die Weiterberatung auf morgen 11 Uhr vertagt. — Schluß 1/5 Uhr.

In der Budgetkommission des Abgeordnetenhauses erklärte zu dem Antrage Zedlig, der die Staatsregierung ersucht, bis zur Neuordnung der Lehrergehälter allen Lehrern mit unter 1200 M. Grundgehalt einen jährlichen Zuschuß von 100 M. aus Staatsmitteln zu gewähren und die Fonds für das Etatsjahr 1907 entsprechend zu erhöhen, Kultusminister Dr. von Staudt, daß in Aussicht genommen ist, schon nächstes Jahr ein neues Lehrerbefoldungsgesetz vorzulegen, das 1908 in Kraft treten werde, desgleichen ein Pensions- und Reliktengesetz für Lehrpersonen. Der Antrag Zedlig wurde auf Grund dieser Erklärung zurückgezogen. — Ein Antrag Bierd-Gump, der eine Erhöhung des Fonds für die Stufenzulagen für Elementarlehrer und Lehrerinnen von 1 150 000 M. auf 1 185 000 M. verlangt, wird abgelehnt. — Abgeordnete Rzesnisek und Genossen (freikons.) beantragen eine Erhöhung des Fonds für die Unterstützung der Elementarlehrer in den Landesstellen mit gemischt deutscher und polnischer Sprache von 550 000 auf 850 000 M., und ersuchen die Regierung in einer Resolution, an Stelle dieses Fonds für 1908 einen Fonds für die gemischtsprachigen Teile Schlesiens vorzusehen. Die Erhöhung für 1907 wird abgelehnt, die Resolution angenommen.

(Nachdruck verboten.)

Königl. Preussisches Landes-Ökonomie-Kollegium.

H. F. Berlin, 6. März.

Das Königl. Preussische Landes-Ökonomie-Kollegium trat heute in dem in der Matthäikirchstraße belegenen Provinzial-Landeshause zu seiner diesjährigen Vollversammlung zusammen. Landwirtschaftsminister von Arnim-Griewen hielt folgende Rede: „Meine Herren! Ich bin viele Jahre Mitglied des Kollegiums gewesen. Ich erachte es deshalb um so mehr für unnötig, ein Programm vor Ihnen darzulegen, da ich dies erst vor kürzerer Zeit im Abgeordnetenhaus getan habe. Ich will mich daher auf die Erörterung zweier Fragen beschränken, die augenblicklich aktuell sind. Wir sind ja Gott sei Dank über die Fleischnot, bezw. Fleischverknappung glücklich hinweggekommen (?). Es kann jedoch nicht gelugnet werden, daß in großen Volkskreisen eine Mißstimmung gegen die landwirtschaftlichen Verwaltungen und auch gegen die Regierung wegen der von letzterer durchgeführten gesundheitslichen Maßnahmen Platz gegriffen hat. Es wird Aufgabe der Landwirte sein, Vorkehrungen zu treffen, daß sich diese Mißstimmung nicht wiederholt. Es empfiehlt sich, einmal alles aufzubieten, um die Viehaufzucht soviel als möglich zu vermehren. Andererseits empfiehlt es sich, die kleinen Landwirte zu veranlassen, Genossenschaften zur Errichtung von Jungviehweiden zu gründen. Den kleinen Landwirten mangelt einerseits die erforderlichen Mittel zur Gewinnung entsprechender Jungviehweiden, andererseits fehlt ihnen vielfach die notwendige Kenntnis für eine sachgemäße Behandlung solcher Weiden. Es muß darauf Bedacht genommen werden, daß die Weiden in systematischer Weise vom Unkraut befreit werden und reichliches gutes Futter ergeben. Es ist daher notwendig, daß die Landwirtschaftskammern unter Einziehung von sachverständigen Beratern und mit Unterstützung der Landschaften die Errichtung solcher Genossenschaften in die Hand nehmen. Die zweite aktuelle Frage ist

die Ansiedelung.

Wenn ich auch nicht behaupten will, daß dadurch sofort der Landflucht der Arbeiter gesteuert werden wird, so ist die Ansiedelung aber das einzige Mittel, um eine lebhafte Arbeiterbevölkerung auf dem Lande zu erhalten. Diese Maßnahme hat sich bereits in einigen Gegenden Deutschlands und auch im Auslande, wie Dänemark, Schweden usw., vorzüglich bewährt. Die Generalkommission hat die Rentenbanken angewiesen, landwirtschaftliche Gebäude zu 1/4 des vollen Wertes zu beleihen. Wenn man also mit Hilfe der Rentenbanken die Ansiedelung in die Hand nimmt und gleichzeitig Arbeitsnachweise organisiert, dann dürfte es in absehbarer Zeit gelingen, dem Arbeitermangel auf dem Lande abzuhelfen.“ (Lebhafte Beifall.) Freiherr v. Lettau-Toll (Krap-hausen) befuhrwortete folgende

Erklärung:

„Bei der steigenden Bedeutung der heimischen Viehzucht nicht nur als Einnahmequelle für den Landwirt, sondern auch als Nahrungsmittelquelle für die gesamte Bevölkerung, und dem Interesse, welches somit auch der Staat an der Förderung nach jeder Richtung hin haben muß, ist es geboten, der Wartung und Züchtung des Viehs eine erhöhte Aufmerksamkeit zuzuwenden. Durch Schaffung von Einrichtungen zur Ausbildung von Stallpersonal. Der Herr Minister für Landwirtschaft ist zu ersuchen, hierzu Beihilfen zu gewähren und schon in den nächsten Etat einen größeren Betrag für diesen Zweck einzustellen.“

Nach kurzer Erörterung gelangte der Antrag zur Annahme.

Landeshauptmann a. D. Sartorius (Wiesbaden) entwarf darauf ein großartiges Bild über den Wein-, Obst- und Gemüsebau. Es folgte die gefeierliche Regelung des Notierungswesens an den Schlachtviehmärkten.

General-Sekretär Burckhardt (Friedenau bei Berlin) befuhrwortete folgenden Antrag: „Nachdem es sich als undurchführbar erwiesen hat, im Wege der Markt-

ordnungen eine Preisnotierung für Schlachtvieh einzurichten, die ein klares Bild der wirklich an den Schlachtviehmärkten gezahlten Preise gibt, und nachdem auch vom Leiter der landwirtschaftlichen Verwaltung zugegeben worden ist, daß die allseitig als unrichtig anerkannte Art der jetzigen Preisnotierung an den Schlachtviehmärkten nur im Wege der Gesetzgebung durch eine richtige ersetzt werden kann, beschließt das Landes-Ekonomie-Kollegium, den Herrn Minister für Landwirtschaft zu ersuchen, mit möglichster Beschleunigung die Vorlage eines diesbezüglichen Gesetzentwurfes an den Landtag zur Durchführung zu bringen. In diesem Gesetz muß vorgeschrieben werden: 1. daß alles Schlachtvieh auf dem Markte zu wiegen ist, 2. daß der Handel sich nur auf Grund von Schlussscheinen vollziehen darf, auf denen Lebendgewicht und Preis vermerkt werden muß; 3. daß den unter Mitwirkung der betreffenden Landwirtschaftskammern zu bildenden Notierungs-Kommissionen diese Schlussscheine vorzulegen sind. — Nach längerer Besprechung gelangte der Antrag zur Annahme. Darnach wurde die Sitzung auf Donnerstag vertagt.

Deutsches Reich.

* Hof- und Personal-Nachrichten. Der Kaiser begrüßte gestern morgen die Kaiserin-Witwe von Rußland auf ihrer Durchreise nach England auf dem Schleiden Bahnhof in Berlin und begleitete die Kaiserin bis zum Bahnhof Charlottenburg.

Gestern Abend fand im Weißen Saale des Schlosses ein großes Konzert statt, ausgeführt von der königlichen Kapelle und dem Chor der königlichen Oper, zu dem über 700 Einladungen ergangen waren. Unter den Geladenen befanden sich die hier anwesenden Fürstlichkeiten, die Staatssekretäre, Minister, sowie das diplomatische Corps mit ihren Damen. An das Konzert schloß sich ein Souper an.

Über das Befinden des an einem Natorrh der Luftröhre erkrankten Großherzogs von Baden wird gemeldet, daß das Fieber gestern zurückging und die Geschäftstätigkeit und der Kräftezustand bisher befriedigend waren.

General-Lieutenant v. K. in Berlin wurde in der vergangenen Nacht, als er auf dem Heimwege nach seiner Wohnung am Kurfürstendammt passierte, von einem Automobil angegriffen. Herr v. K. erlitt eine Gehirnerschütterung und Verletzungen an beiden Händen.

Auf der Rückreise von seinem in Italien verbrachten Erholungsurlaub zog sich der badische Staatsminister Freiherr v. D. durch bei einem durch Ausgleiten verursachten Sturz eine erhebliche Beinverletzung zu, die ärztliche Hilfe nötig machte.

* Staatssekretär v. Bötticher †. Gestern ist in Rumburg a. S. im Alter von 74 Jahren der ehemalige Oberpräsident von Schleswig-Holstein und zuletzt von Sachsen, 1880—1897 Staatsminister, v. Bötticher gestorben. Siebzehn Jahre war er Mitglied der preussischen Regierung, davon zehn unter Bismarck, und weiter noch sieben unter Kaiser Wilhelm II. Man nannte ihn mit Recht einen Dauer- und Sprechminister ersten Ranges, einen Mann, der in allen Sätteln gerecht war, sich mit allen Personen und Parteien zu stellen verstand und zu jedem Thema gewandt zu reden wußte; der Typus des Staatsmannes, wie man ihn sich gelegentlich gefallen läßt, aber nicht dauernd wirken sehen möchte. Böttichers geschickte Anpassungsfähigkeit war von Bismarck arg verkannt worden. Als der Kanzler ging, glaubte er bestimmt, Bötticher folgen zu sehen. Aber Bötticher blieb, trotz so mancher Gegner, die er hatte, und diente den Feinden Bismarcks genau so vortrefflich, wie vorher dem ersten Reichskanzler. Darum ist er seit 1897, als er endgültig ging und das Oberpräsidium Sachsens als Ruheposten übernahm, wenig vermisst worden. Seine Farblosigkeit trug da ihre Früchte. So wird auch die Nachricht von seinem Tode wenig beachtet durch die politische Welt gehen.

* Der Toleranzantrag des Zentrums. Das Zentrum hat im Reichstage den ersten Teil des Toleranzantrages, der von der persönlichen Religionsfreiheit handelt, und bereits zweimal vom Reichstage angenommen worden ist, in der früheren Fassung wieder eingebracht. Der zweite Teil, der von der Freiheit der Religionsgesellschaften handelt, und dessen Beratung in den früheren Sessionen noch nicht so weit gediehen war, wie die der ersten, wurde nach der „Germania“ mit Rücksicht auf die Beschäftigungslage vorläufig nicht wieder eingebracht.

* Erzbistum Mainz? Der „W. L. A.“ meldet aus Köln: Wie verlautet, schweben hier zurzeit Unterhandlungen wegen Teilung der Erzbischöflichen Köln, sowie wegen Wiedererhebung des Bistums Mainz zum Erzbistum. Die Erzbischöfliche Köln zählt 2½ Millionen Katholiken und 2000 Priester. Man nimmt an, daß jetzt die Regierung geneigter sei als früher, die nicht sehr beträchtlichen Mittel zu bewilligen.

* Die Ehescheidungen in Preußen. Über die Ehescheidungen in Preußen veröffentlicht das „Statist. Jahrb. f. d. Preuß. Staat“ zum erstenmal ausführliche Angaben, die sich auch auf die Religion der Eheleute, den Beruf der Ehemänner und die Ehescheidungsgründe erstrecken. Wir erfahren daraus, daß die Zahl der Ehescheidungen, die bei Einführung des Bürgerlichen Gesetzbuches infolge des Wegfalls einer Anzahl von Ehescheidungsgründen stark gesunken war, seit 1902 wieder im erheblichen Steigen ist. Während im Jahre 1901 in Preußen 4677 Ehen geschieden sind, liegt die Zahl im Jahre 1902 auf 5278, im Jahre 1903 auf 5981, im Jahre 1904 auf 6567 und im Jahre 1905 auf 6858. In vier Jahren hat also eine Zunahme um 2181 oder 46,5 v. H. stattgefunden. In Berlin ist die Zahl der Ehescheidungen von 984 auf 1424, in der Provinz Brandenburg von 581 auf 910 gestiegen. Von den Scheidungen entfällt die große Mehrzahl, nämlich 5325, auf die Städte und nur 153 kommen auf das platt Land. Auf je 10 000 bestehende Ehen kamen 10,8 Ehescheidungen gegen 8,8 im Durchschnitt der vorausgegangenen fünf Jahre. Das bei weitem ungünstigste Verhältnis hatte der Stadtkreis Berlin mit 36,2 Ehescheidungen auf 10 000 Ehen. Dann folgen die Regierungsbezirke Potsdam mit 15,1, Stettin mit 14,1 und Schleswig mit 13,7, während untenanstehen Posen mit 2,4, Münster mit 2,3 und Danabrad mit 1,8. Soudiert man Stadt und Land, so kommen in den

Städten 18,1, auf dem Lande 4,8 Ehescheidungen auf 10 000 Ehen. In den Städten werden also verhältnismäßig viermal soviel Ehen geschieden als auf dem Lande. Am ungünstigsten war das Verhältnis in den Städten der Regierungsbezirke Schleswig und Breslau mit 22,5 und 22,4, am günstigsten in den Städten der Regierungsbezirke Posen und Münster mit 4,0 und 3,8. Auf dem Lande waren die Ehescheidungen am häufigsten im Regierungsbezirk Potsdam (wegen der Berliner Vororte) mit 12,3, demnächst im Regierungsbezirk Gumbinnen mit 8,5, während die Verhältniszahl in Danabrad nur 0,3 und in Rachen 0,2 betrug. Auf 10 000 Ehescheidungen des Jahres 1905 kamen 23,3 Ehescheidungen gegen 19,0 im Durchschnitt der vorausgegangenen fünf Jahre. Von 100 geschiedenen Eheleuten waren 77,8 evangelisch, 20,1 katholisch und 1,8 jüdisch, während 0,3 sonstigen Bekenntnissen angehörten. Von den geschiedenen Ehemännern waren 53 v. H. in Industrie und Handwerk tätig, 20,9 v. H. gehörten dem Handel und Verkehr, 9,5 v. H. der Land- und Forstwirtschaft an, 1,8 v. H. verrichteten häusliche Dienste oder Lohnarbeit, 5,9 v. H. gehörten dem Militär, dem Beamtentum oder freien Berufsarten an und 2,5 v. H. waren ohne Beruf oder Berufsangabe. Unter den Ehescheidungsgründen spielt die Hauptrolle der Ehebruch, auf dem 49,5 v. H. (in Berlin sogar 65,9 v. H.) der Ehescheidungsgründe ruhten; dem folgen die sogenannten relativen Scheidungsgründe des § 1568 BGB. (Verletzung der durch die Ehe begründeten Pflichten usw.) mit 34,9 v. H. Böbliche Verlassung gab für 12,9 v. H. der Scheidungen den Grund ab, Seisteskrankheit für 2,3 v. H., Lebensnachscheidung für 0,3 v. H.

* Die Pocken in Kamerun. Der Ausbruch einer Pockenepidemie im Südbezirk von Kamerun ist auf telegraphischem Wege nach Berlin gemeldet worden.

Ausland.

Italien.

Finanzminister Massimini brach gestern während eines Ministerrates in der Kammer vom Schlage getroffen zusammen. Nach einigen Minuten lehrte die Bestimmung zurück, der Minister kann aber noch nicht wieder sprechen.

Rußland.

Der Zar empfing gestern den Duma-Präsidenten Solowin. Die Audienz dauerte 15 Minuten. Der Zar war überaus liebenswürdig und sprach die Hoffnung aus, daß die Duma ernste Arbeit verrichten werde zum Heile des Vaterlandes. Die Basis dafür sei geschaffen durch die Gesetzentwürfe, welche das Ministerium einbringen werde. Solowin wurde darauf der Zarin Alexandra vorgestellt. Er war von dem Empfang höchst befriedigt.

Durch eine unter seinen Wagen gescheuderte Bombe wurde der Festungskommandant von Sewastopol General Replew an den Beinen verwundet. Der Wagen wurde zertrümmert, dem Verbrecher gelang es, zu entkommen.

England.

Der erste Lord der Admiralität Tweedmouth hielt gestern Abend bei einem Festmahle der Handelskammern des Königreiches eine Rede, in der er ausführte, die englische Marine liege über den Parteinteressen. Die gegenwärtige Regierung sei noch immer der Meinung, die sie auch verwerfliche, nämlich daß das Geld nicht fortgeworfen werden dürfe, daß aber andererseits die Flotte nicht vernachlässigt werden dürfe. Alle seien von dem Bewußtsein durchdrungen, die großen Interessen, die England habe, zu sichern. In der Admiralität bestehe vollständige Einmütigkeit zwischen den Angehörigen der Marine und den Zivilbeamten. Der portugiesische Gesandte, der auf einen auf die fremden Vertreter ausgebrachten Trinkspruch antwortete, erklärte, er verhandle gegenwärtig über einen Handelsvertrag, der den vor 600 Jahren in London unterzeichneten ersetzen solle, und er hege die Hoffnung, daß er einen für beide Nationen günstigen Vertrag abschließen werde.

Niederlande.

In der Kammer ist ein recht seltsamer Antrag eingebracht worden, nach dem in Holland landende Luftschiffer für das Betreten des Landes sofort 1000 M. Strafe zu erlegen oder drei Monate Gefängnis abzubüßen haben. Dieser Antrag richtet sich gegenwärtig gegen das wiederholt vorgekommene Landen von Ballons des Niederrheinischen Luftschiffervereins, an dessen Fahrten auch Offiziere teilnahmen, die man der Spionage verdächtigte.

Türkei.

„Daily Mail“ meldet aus Konstantinopel, daß ein englisch-französisches Finanzsyndikat, bestehend hauptsächlich aus den größten Banken in London und Paris, die gesamten Rats in Konstantinopel angekauft hat.

Perien.

Die Londoner „Daily Mail“ meldet, wie schon berichtet, aus Teheran, Deutschland verlange eine Entschädigung von 5000 Pfund Sterling für die am 18. Februar erfolgte Ermordung eines deutschen Missionars in der Provinz Maserbeidschan und die Hinrichtung der Mörder. Falls diese Genugtuung unterbleibe, solle das Kohlengebiet an der Grenze der asiatischen Türkei in der Nähe von Bagdad besetzt werden. Deutschland habe schon lange eine Konzeption für diesen Landstrich wegen der Bagdadbahn gewünscht. Zu dieser Nachricht ist zu bemerken: Eine Entschädigungsforderung wird von der deutschen Gesandtschaft in Teheran angemeldet worden sein. Die Höhe der verlangten Summe ist nicht bekannt. Die weiteren Behauptungen des obigen Telegramms sind erfunden.

Aus Stadt und Land.

Wiesbaden, 7. März.

Aus dem Bezirksverein „Altstadt“.

Der „Altstadtverein“ hatte auf gestern Abend 9 Uhr seine Generalversammlung in das Hotel „Grüner Wald“ anberaumt. Der Schriftführer, Herr Hotelbesitzer Ludwig Walther, erstattete darin einen ausführlichen Jahresbericht, dem wir u. a. folgendes entnehmen: Die Tätigkeit des Vereins war im abgelaufenen Jahre eine so reiche wie kaum je zuvor. Der Vorstand kam zu 15 Sitzungen zusammen. Durch die Anlage des Bäderbrunnens wurden die bekannten unhygienischen Zustände in der Grabenstraße beseitigt, wenngleich auch das sogenannte „Hinkelhaus“ der Altstadt nicht gerade zur Zierde gereichte. Außerdem habe das Thermalwasser des Bäderbrunnens sich durch die Fassung derart vermindert und abgekühlt, daß der Brunnen durch den Adler-Kochbrunnen ersetzt werden müsse. Das Adlerbad, dessen endliches Zustandekommen nun bevorstehe, bilde für die Altstadt einen wichtigen Anziehungspunkt und werde ein „historisches Denkmal“ werden. Der Verein hoffe, daß mit der Eröffnung des Adlerbades die „alte Nase“ fallen und die vordere Langgasse, sowie die angrenzenden Straßen ebenfalls asphaltiert würden. Die Befestigung der Langgasse mit Stampfasphalt solle im städtischen Haushaltsplan für das kommende Jahr Berücksichtigung finden. Der Verein hat erreicht, daß die Conlinstraße von 10 Meter auf 12½ Meter verbreitert wird, was namentlich im Interesse des lebhaften Fußverkehrs zu begrüßen ist. Wiederholte Eingaben wegen Sperrung der Grabenstraße, Langgasse und Gemeindegasse für den Lastfuhrverkehr hatten den gewünschten Erfolg, ebenso die Petition an den Fiskus, das Polizeigefängnis am Michelsberg baldigst zu verkaufen, was für die Verbesserung des Eingangs zur Conlinstraße vom Michelsberg aus von Bedeutung ist. Im Verein mit dem „Nördlichen Bezirksverein“ ist es gelungen, eine Anzahl Fuhrherren zur Bereithaltung von Nachdroshen zu veranlassen. In Gemeinschaft mit den drei anderen Brudervereinen wurde beschlossen, den Magistrat zur Anlage eines Waldparks an den Waldeingängen im Umkreise von 2 Kilometer zu ersuchen, was im Dambachtal bereits geschehen sei. Dem gleichen gemeinsamen Vorgehen war es zu danken, daß bei der Eröffnung des Hauptbahnhofes auch die Bürgerstraße zugestanden wurde, nachdem vorher nur eine kleine Feier für die Beamten beabsichtigt war. Die Bemühungen des „Altstadtvereins“ wegen Durchführung der roten Linie der Straßenbahn durch die Moritzstraße bis zum Hauptbahnhof hatten nur teilweisen Erfolg, die „Süddeutsche Eisenbahn-Gesellschaft“ hat die Erfüllung dieses Wunsches in absehbarer Zeit zugesichert. Der Kranzplatz, sowie der Verbindungsweg von dem Kochbrunnen nach der Saalgasse und Moritzstraße erhielten auf Betreiben des Vereins eine bessere Behandlung. Es sind elektrische Bogenlampen vom Magistrat für die Langgasse, Webergasse, Burg- und Marktstraße in Aussicht gestellt. Auf Betreiben der Bezirksvereine ist das Dirmenwesen in der Altstadt namentlich zur Nachtzeit wesentlich eingeschränkt worden. Dieselben haben ferner einstimmig ins Auge gefaßt, bei Fragen von allgemeiner Bedeutung unter Hinzuziehung des „Hausbesitzer-Vereins“ zu gemeinschaftlichem Wirken zusammenzutreten. In Ausführung dieses Beschlusses wurden bereits Eingaben an den Magistrat gerichtet gegen Einführung einer Wertzuwachssteuer und Erhöhung der Grundsteuer und für Einführung einer Kuriage und Erhöhung der Einkommensteuer. Dem „Wiesbadener Gartenbau-Verein“ wurden 50 M. für Preise für Balkonschmuck und dem „Verschönerungs-Verein“ 50 M. für den Kaiser Wilhelm-Turm auf dem Schlösserhof zugewiesen, letzteres mit dem Hinzufügen, daß auch die Bierstadler Partie hoffentlich bald in einen besseren Zustand versetzt werde. Da Stadtbaurat Frobenius die vergrößerte Inangriffnahme des „Adlerbades“ u. a. damit begründete, daß kein Gelände zum Auffüllen durch die ausgehobenen Erdmassen zu finden sei, empfiehlt der Verein, hierzu das Waldfeldtal zu verwenden, das ja in Kürze ähnlich dem Dambachtal angelegt werden solle. Die vier Bezirksvereine haben schließlich noch in gemeinschaftlicher Sitzung die anwesenden Stadtverordneten wegen einer Interpellation des Magistrats über die Fleischnot angegangen. Der Bericht endigt mit dem Wunsche, daß alle Einwohner der Altstadt dem „Altstadtverein“ sich anschließen möchten, und daß der derzeitige rührige Vorsitzende dem Verein noch lange erhalten bleiben möge.

Die Kassenverhältnisse sind günstige. Die zu Rechnungsprüfern ernannten Herren Dorn und Wollschön erstatteten Bericht, worauf dem Kassierer, Herrn Dr. Crag, Decharge erteilt wurde. Der alte Vorstand wurde durch Jurauf wiedergewählt. An Stelle der ausscheidenden Herren Christ, Beyer und Wibel wurden die Herren Hahn, Wegandt und Vetterling einstimmig gewählt. Der Vorstand setzt sich hierdurch wie folgt zusammen: Heymann, 1. Vorsitzender, Müller, 2. Vorsitzender, Walther, 1. Schriftführer, Hahn, 2. Schriftführer, Dr. Crag, Kassierer. Beisitzer: Baum, Cron, Eifert, Kindschoten, Müller, Meilinger, Meurer, 2. Wegandt, Sch. Ad. Wegandt und Vetterling. — Es entspinnt sich hierauf eine lebhafte Debatte über die „Süddeutsche Eisenbahn-Gesellschaft“, an welcher sich die Herren Heymann, Stadtverordneter Beder, Walther, Baum, Hahn und Vetterling beteiligten. Der anwesende Herr Direktor Klifferrath wußte alle Angriffe geschickt zu parieren, nur ist zu bedauern, daß die Direktion in Darmstadt den Wünschen der Wiesbadener trotz Befürwortung des Herrn Klifferrath so wenig Entgegenkommen schenkt. Als dem Verein die Zusicherung wurde, daß die rote Linie bis zum 29. d. M., also kurz vor Ostern durch die Moritzstraße nach dem Bahnhof fährt und die „Süddeutsche“ den Wünschen des „Altstadtvereins“, wie Nummern an den oberen Schildern der Wagen außer der Farbenbezeichnung und deutlicherer und ausführlicherer Angabe der von den Wagen zu passierenden Wege, entgegenkommt, wird

der Punkt verlassen. Herr Heymann verbreitet sich des weiteren über die städtischen Steuerangelegenheiten, speziell über die Erhöhung der Gewerbesteuer von 125 auf 150 Prozent. Nach einer Aussprache, an der sich die Herren Stadtverordneter Beder, Baum, Horn und Wendgandt beteiligten, wurde beschlossen, folgenden Protest an den Magistrat und die Stadtverordneten-Versammlung zu richten: „Die heutige Generalversammlung des Bezirksvereins „Altstadt“ protestiert gegen die durch nichts zu rechtfertigende vorgeschlagene Erhöhung der Gewerbesteuer, die ohnehin eine Doppelbesteuerung für den Kaufmanns- und Handwerkerstand darstellt. Die Erhöhung wäre außerdem von solch geringer finanzieller Tragweite für das Budget der Stadt, daß sie für diese kaum ins Gewicht fallen dürfte.“ Was die Konzessionssteuer anbetrifft, so ist man im Prinzip nicht dagegen, nur wird befürchtet, daß damit die Bedürfnisfrage fallen könnte, was im Interesse der Altstadt sehr zu bedauern wäre. Wir erinnern nur an die Zustände, wie sie früher in der Metzgergasse herrschten. Eine Eingabe der Witwe Hering konnte nicht sofort erledigt werden, da dieselbe nicht genügend begründet war. Sie wurde dem Vorstand zur Prüfung und Erledigung überwiesen. Desgleichen mußte eine anonyme Eingabe der Anwohner der Mauerstraße mit dem Ersuchen zurückgegeben werden, dieselbe zu prüfen und unterzeichnen zu lassen und daraufhin wieder einzureichen. Es handelte sich um das Verbot des Durchgangsverkehrs für Lastfuhrwerke in der Mauerstraße und um Erhalt eines geräumigen Platzes davor. Nachdem Herr Horn dem Vorstand für seine Mühewaltung gedankt, wurde die Sitzung um 11½ Uhr geschlossen.

— **Fremde Gäste.** Frau Aino Aitô von der Oper in Paris, welche morgen abend im Kurhaus-Konzert mitwirkt, ist für einige Tage im Hotel „Wilhelma“ abgeblieben.

o. **Gerichts-Personalien.** Die Militär-Anwärter Bismarck, Störh vom Thüringischen Infanterie-Regiment Nr. 6 zu Jena, Feldwebel Kraus vom 2. Infanterie-Regiment Nr. 88 zu Mainz und Wachmeister Brand vom 1. Infanterie-Regiment Nr. 27 hier wurden als Anwärter für den Gerichtsschreibergehilfendienst angenommen.

o. **Abiturienten-Prüfung.** Im Königl. Gymnasium fand unter dem Vorsteher des Direktors Herrn Dr. Schmidt am Montag, den 4., bis Mittwoch, den 6. d. M., die mündliche Reife-Prüfung statt. Von den 41 Schülern, die sich gemeldet hatten, wurden 14 von der mündlichen Prüfung befreit, die übrigen, bis auf einen, bestanden. Von den Abiturienten sind 11 von hier, die übrigen von auswärts. Von ihnen gedenken 12 Rechtswissenschaft, 5 Medizin, 3 Theologie, 7 Philosophie und Literatur, 3 Naturwissenschaft zu studieren und die übrigen 9 die Offizierslaufbahn einzuschlagen.

— Im Königl. Realgymnasium wurde die Prüfung ebenfalls unter dem Vorsteher des Direktors Herrn Professor Dreier abgehalten, und zwar am Montag, den 4. d. M. Hier waren es 14 Schüler, von denen 5 die mündliche Prüfung erlassen wurde; die übrigen, bis auf zwei, bestanden diese. Von den zur Entlassung kommenden Abiturienten widmen sich zwei der Offizierslaufbahn, die übrigen mehr den exakten Wissenschaften, Mathematik, Naturwissenschaft, Chemie und dem Baujah.

— **Ausschuh nationaler Vereine.** Am Dienstag, den 12. März, abends 8½ Uhr, findet im Klubzimmer des Restaurants „Waltburg“, Schwalbacherstraße 35, eine Sitzung nationaler Vereine statt (Kolonial-Verein, Flotten-Verein, Alldeutscher Verband, Ostmarken-Verein, Allgemeiner Deutscher Sprachverein, Allgemeiner Deutscher Schulverein). In dieser wird Herr Professor Spamer einen Vortrag halten über: „Innere Kolonisation unter Friedrich Wilhelm I.“, auf den wir besonders aufmerksam machen möchten. Gäste sind willkommen.

— **Jubiläum.** Die „Vereinigung Wiesbadener Pensions-Inhaber“ veranstaltete am Dienstagabend anlässlich ihres Jahresfestes im Saale des „Westfälischen Hofes“ eine Doppelbefeier. Frau Credé, Leberberg, und Geschwister Philipp, „Pension Margareta“, wurde anlässlich des 25jährigen Bestehens ihrer Pensionen ein Lampensonnenzug gebracht und Geschenke von den Vereinsmitgliedern überreicht. Sie wurden in Reden und Gesang gefeiert und man konnte sich überzeugen von der großen Beliebtheit, deren sich die Jubilantinnen nicht allein im Publikum und bei ihren Gästen, sondern auch bei den Kolleginnen erfreuen. Es war ein harmonischer, animierter Abend, der gewiß allen in schöner Erinnerung bleiben wird. Küche und Keller des Herrn Vogel leisteten Vorzügliches.

— **Prozeß Borggreve gegen Fortissius.** Das Oberlandesgericht zu Frankfurt a. M. wies, dem heute verkündeten Urteil zufolge, die Berufung des Oberforstmeisters Professors Dr. Borggreve von hier in seiner Klageklage gegen den Staatsforst wegen ungesetzlicher Pensionierung ab und legte ihm die Kosten des Verfahrens auf.

— **Lamborg vor dem Bezirksauschuh.** Seit langen Jahren haben am Plage Lamborg-Soireen stattgefunden, ursprünglich im Kurhaus, im Zirkus, zuletzt im November v. J. im „Kaiserhof“. Während bisher niemals für die Soireen eine städtische Lustbarkeitssteuer erhoben wurde, weil auch die Aufsichtsbehörde der Ansicht war, daß bei diesen Darbietungen ein höheres künstlerisches Interesse obwalte, ging man plötzlich gelegentlich des musikalisch-humoristischen Konzerts am 2. November v. J. im „Kaiserhof“ von diesem Brauche ab, indem man eine Lustbarkeitssteuer von 8 M. anforderte. Wider diese Aufforderung ist, nachdem die Betretung des Bescherweges zu einem Resultat nicht geführt hat, der Weg der Klage im Verwaltungsstreitverfahren beschritten worden. Die Bezirksverwaltung nimmt den Standpunkt ein, daß es auf den Charakter der Veranstaltung an sich und nicht darauf ankomme, ob mehr oder weniger künstlerisches Interesse werde, während der Kläger sich auf den Standpunkt stellt, daß die

Form der Darbietung ganz nebensächlich sei, daß es weder auf das Lokal, noch darauf ankomme, ob Speisen und Getränke während der Veranstaltung konsumiert worden seien, ob das gepflegte Genre ein humoristisches oder ein ernstes sei, daß es das das Vorliegen eines höheren künstlerischen Interesses nicht ausschließe. Heute ergeht auf die in der Sache angestrebte Klage ein Beweisbeschluss. Es sollen zwei Herren als Zeugen darüber vernommen werden, ob während des Konzertes Speisen und Getränke ausgegeben worden sind, ob das Publikum sich während der Vorträge unterhalten hat, ob geraucht worden ist, ob das Publikum ab- und zugegangen ist usw. Eventuell sollen Professor Maunz und Direktor Afferni als Zeugen bezüglich des bei den Darbietungen obwaltenden künstlerischen Interesses gehört werden.

— **Neuer Truppenübungsplatz.** Demnächst soll in der Nähe Darmstadt, bei Messel, ein großer Truppenübungsplatz errichtet werden, da der Griesheimer Übungsplatz nicht mehr so wie seither herangezogen werden soll. Da der Platz nur während der Truppenübungszeit benutzt werden soll, werden nur ganz wenige einfache Barackengebäude darauf errichtet werden.

— **Der Scherz eines Beinseligen.** In der Langgasse war's, diesen Morgen, in der Nähe großer Gasthöfe, reger Geschäftshandel und zu einer Zeit, wo ein Zug eifertiger „Hände“ — wer diesen Ausdruck nicht versteht, der lese Charles Dickens soziale Romane — und Privatbeamten und -beamtinnen hin- und her in die Werkstätten, Verkaufsstellen und Bureaus. Und es war fern zu der Zeit, wo die Straßenseite der letzten Beinseligen vor ihrem „Feierabend“ machen, der nach der neuen großstädtischen Straßenreinigungssatzung in den ersten Morgenstunden beginnt. Von einer in luftiger Gesellschaft offenbar recht lustig verlebten Nacht kehrte in höchst animierter Stimmung ein Herr heim. Der Herr trug Brad und Zylinder, Glacehandschuhe usw., und man sagte, er halte sich gegenwärtig hier zur Erholung auf. Der Herr im Brad und Zylinder klopfte einem Straßenseiter kollegial auf die Schulter und dann — kehrte er die Straße, während der andere lächelnd dabei stand. Das erregte selbstverständlich Aufsehen, Schürerjungen wurden gerufen, aber der vornehme Straßenseiter ließ sich nicht irre machen. „Meine Herren“, sagte er, „nur keine Beleidigungen, ob Straßenseiter, ob Professor: einer ist so wichtig und nützlich wie der andere!“ Diese unerwartete soziale Erkenntnis wurde von einigen mit Bravo's belohnt, andere freilich lachten dazu. Der Scherz endete wie jeder Scherz mit einem Knallsekt: der Herr im Brad, Zylinder und weißen Handschuhen setzte sich auf den Karren des Straßenseiters, und dieser schob den lustigen „Kollegen“ unter schallender Heiterkeit der Zuschauer ein Stück die Langgasse entlang. Damit schloß die Komödie.

— **Nach der Schweiz geflüchtet.** Ein in einem Frankfurter Geschäft angestellter, aus Wiesbaden stammender Handlungsgehilfe ist nach Unterschlagung eines nicht unerheblichen Geldbetrages flüchtig geworden. Er hat Frau und vier kleine Kinder zurückgelassen und ist in Gesellschaft eines jungen Mädchens verflochten. Die Polizei hat ermittelt, daß er sich in der Schweiz aufhält.

— **Heimisches Gewerbe.** In dem Schaufenster der bekannten Militärschneiderei von Julius Bischoff, Kirchgasse 11, sind seit einigen Tagen die Uniformen für das Offizierskorps eines Infanterie-Regiments ausgestellt. Die schmutzigen Uniformen wurden im Auftrage der Intendantur der königlichen Schatzkammer für das demnächst zur Ausführung gelangende Lustspiel „Sasarenfieber“ angefertigt. Sie werden natürlich viel betrachtet und bewundert.

— **Wem gehört das Geld?** 87. 50.000 M. ungefähre beträgt die Nachlassmasse einer im Juni 1906 in Wahren verstorbenen Privatierin Rosalie Elise Friederike Reupert. Sie ist 1813 geboren. Ihr Vater war Lehrer und Kantor; ihre Mutter war eine geborene Lindner. Als Erben kamen mit in Betracht die unbekannten Abkömmlinge der Söhne eines Pfarrers Johann Friedrich Lindner, 1820 gestorben. Der eine Sohn war Organist und Schullehrer, ein anderer Handlungsreisender. Urenkel des Großvaters mütterlicherseits tragen den Namen Bernreuther. — 88. Unbekannt sind die Erben eines im Dezember 1906 in Worms verstorbenen Mannes Friedrich Faust, aus Hessen stammend. — 89. Nach immer haben sich keine Erben gemeldet für den Nachlass eines fast 100 Jahren verstorbenen und für tot erklärten Gendarmen-Offiziers N. Saal, der früher in französischen Diensten gestanden hat. Seine Ehefrau, Henriette, geborene Bonnet, ist bereits 1795 in Reichenheim gestorben. — 90. Ein Mechaniker Wilhelm Lichtenfeld, 1849 in Magdeburg geboren, hat eine Erbschaft gemacht. Sein Aufenthalt ist unbekannt. Er oder seine Abkömmlinge werden gesucht. — 91. 600 M. etwa hat ein Fuhrwerksbesitzer Wilhelm Wimmer hinterlassen, der im November 1906 in einer Heilanstalt gestorben ist. Seine gesetzlichen Erben sind unbekannt. Wer kann Ansprüche erheben? — 92. Ungefähr 2000 M. beträgt der reine Nachlass eines Gendarmen a. D. August Schwarz, Oktober 1906 in Göttingen verstorben. Er war verheiratet mit einer vor ihm verstorbenen Antonie, geb. Bickel. Seine Mutter war eine geborene Fiebig. Beide Elternstämme stammen aus Schlesien. Erbberechtigte sind unbekannt. — 93. Erben werden gesucht für den Nachlass eines Karl Franz Ludwig Decker, 1824 in Starogard in Ostpreußen geboren. — 94. Unbekannt ist ein Teil der Allodialerben des am 26. Dezember in Schloß Rothfisch verstorbenen Majoratsbesizers Severin Freiherrn v. Rothfisch und Rantzen aus Rothfisch. Kreis Klettgau. — 95. Für eine Anna Berger, geborene Lohde, Ehefrau eines Gastwirts Karl Berger, ist seit langen Jahren eine Abfindung von ca. 150 M. vorhanden. Die Genannte sowohl wie auch ihr Ehemann sind verstorben. Wer kann Rechte geltend machen? — 96. Im Februar 1904 starb in Breslau eine ledige Emma Koffmache-Weber (Weber oder Waier), Tochter eines Koffmachers Koffmache und seiner Frau Christiane, geborene Weber. Diese Mutter war die Witwe eines Schlossermeisters Kufner und vorher adoptiert worden von einer Frau Rentier Rahnewald, geb. Weber. Es sind als Erben ermittelt ein Bruder und vier Halbgeschwister. Es sind aber noch sechs Halbgeschwister vorhanden gewesen aus der ersten Ehe der Mutter der Erblasserin mit Kufner und mehrere Halbgeschwister aus der zweiten Ehe der Mutter mit Koffmache. Alle diese unbekannten Geschwister, deren etwaige Ehefrauen oder Abkömmlinge werden gesucht. — 97. Für den 2166 M. betragenden Nachlass eines aus Bommern stammenden, im Alter von 65 Jahren verstorbenen Julius Beerbaum haben sich noch nicht die richtigen Erben gemeldet. Er war mit einer in Seitzin geborenen Dame verheiratet, deren Vor- und Geburtsname aber unbekannt ist. Wir haben schon im Dezember auf diese Erbschaft hingewiesen. Das schöne Geld will der Fiskus einstreichen.

— **Kleine Notizen.** Die Falschenliste für Militär-Anwärter Nr. 10 liegt in unserer Expedition unentgeltlich zur Einsicht offen.

Theater, Kunst, Vorträge.

* **Residenz-Theater.** Es wird nochmals darauf aufmerksam gemacht, daß heute Donnerstag die beliebte Detektiv-Komödie „Sherlock Holmes“ und morgen Freitag Oborns ergreifendes Schauspiel „Der Abt von St. Bernhard“ gegeben wird. Vielseitigen Wünschen entsprechend wird am Samstag Aud. Herzogs hochbedeutendes Schauspiel „Die Gondolieri“ wieder in den Spielplan aufgenommen. Sonntagnachmittag wird der Schlager der diesjährigen Spielzeit: „Die schöne Marcella“ zu halben Preisen wiederholt. Sonntagsabend findet das einmalige Gastspiel der Mad. Suzanne Després mit dem Ensemble des „Théâtre de l'Odéon“ statt und gelangt „Thérèse Raquin“ von E. Zola zur Aufführung. Es wird besonders darauf hingewiesen, daß diese Vorstellung ausnahmsweise um 1½ Uhr beginnt.

* **Kurhaus.** Da die Orchesterprobe mit Frau Aino Aitô auf Wunsch der Diba am Tage vor dem Konzert stattfinden muß und sie erst heute Donnerstagnachmittag eintrifft, so muß zwecks Abhaltung der Probe das heutige Abendkonzert des Kurorchesters ausfallen. — Die Willett-Rachfrage zu dem morgigen zwölften und letzten Kurhaus-Syllabus-Konzert unter Mitwirkung der Diba der Großen Oper in Paris, Madame Aino Aitô, ist dem Vernehmen nach eine sehr rege. Die Sinfonie ist diesmal auf den Schluß des Konzertes gesetzt und es ist mit Rücksicht auf den gelanglichen Teil die kurze aber reizende schottische Sinfonie von Mendelssohn gewählt worden. Die Ouvertüre zu „Benvenuto Cellini“ von G. Verdi wird das Konzert eröffnen; außerdem kommen von Orchesterstücken noch die Rhapsodie 1 und 2 von Lalo und das Vorspiel zum 5. Akt aus „König Manfred“ von Reinecke zur Aufführung. Das Konzert steht unter Leitung des Kapellmeisters Ligo Affricani.

* **Die „Theosophische Gesellschaft Wiesbaden“** veranstaltet am Montag, den 11., und Mittwoch, den 13. März, abends 8½ Uhr, im Ballsaale des Rathauses öffentliche Vorträge mit den Themen: „Gibt es eine Seelenwanderung?“ und „Psychologische Probleme“. Als Redner ist wiederum Herr Schriftsteller Friedrich Jastrowski aus Leipzig gewonnen worden. Bei dem sich befindlich stehenden Interesse für die tieferen und geheimnisvolleren Fragen des Lebens, Jenseits und Jenseits des menschlichen Daseins, dürfte es wohl allen Freunden einer höheren Weltanschauung willkommen sein, solche Themen einmal vom theosophischen Standpunkte aus, in undogmatischer und vorurteilsfreier Weise behandelt zu sehen.

* **Deutsche Gesellschaft für ethnische Kultur.** Es sei nochmals auf den heute abend 8½ Uhr in der Loge Plato stattfindenden Vortrag des Herrn Dr. Bruno Wille über „Was ist Konismus?“ hingewiesen.

* **Wiesbaden, 7. März.** Das „Militär-Wochenblatt“ meldet: Nachstehende Studierende der Kaiser-Wilhelms-Akademie für das militärärztliche Bildungswesen wurden vom 15. Februar d. J. ab zu Unterärzten des aktiven Dienstes ernannt und bei den neben den Namen vermerkten Truppenteilen angestellt: Warfinkow beim Inf.-Regt. von Gersdorff (Kurhess.) Nr. 80, Kumann beim 2. Inf.-Regt. Nr. 88.

rs. **Viebrich, 6. März.** Die städtische Polizeiverwaltung, die bekanntlich mit der Milchkontrolle auf Erfolge erzielt, beschäftigt die Untersuchung der Nahrungsmitteleigenen. Noch im Laufe dieses Jahres wird eine allgemeine Lebensmittelkontrolle in Wiesbaden eingeführt werden. — Im städtischen Bauamt beschäftigt man sich mit den Vorarbeiten für die Einführung der Schwemmanation in Wiesbaden. Es werden aber wohl noch Jahre vergehen, ehe das Projekt seine Verwirklichung erfahren wird. — Die Arbeiten an der zukünftigen Haltestelle „Landesdenkmal“ an der Wiesbadener Allee zur Untertunnelung der Straße sind in den letzten Tagen soweit gefördert worden, daß seit heute morgen die eine Hälfte der Straße für den Fußverkehr gesperrt worden ist. Mit den oberirdischen Arbeiten halten die unterirdischen gleichen Schritt, so daß der Verkehr hoffentlich nur für einige Wochen behindert sein wird. Den Fußgänger empfiehlt es sich jetzt, dem Fußwege größere Beachtung zu schenken, als sie es im allgemeinen tun, sonst können an dieser schmalen, von zwei Straßenbahngeleisen durchquerten Stelle leicht böse Unfälle sich ereignen.

D. **Frankfurt, 7. März.** Der Bauunternehmer Adam Schöning, der vor einiger Zeit wegen Betrugs zu neun Monaten Gefängnis verurteilt worden war, ist nach Amerika flüchtig gegangen. — Der Althändler und Goldarbeiter Lind ist wegen gewerblich verübter Schleicherei verhaftet worden. Er hatte vor zwei Jahren, als in einem Uhrwarengeschäft für 17.000 M. Uhren und Goldwaren gestohlen wurden, die Uhren angekauft und eingeschmolzen und sie an verschiedene Scheideanstalten verkauft.

i. **Limburg, 6. März.** Die Stadtverordneten genehmigten in Anerkennung der Feuerungsverhältnisse die Verbesserung der Beamtengehälter. Es wurde eine neue Gehaltsstufe festgesetzt. Ferner wurde in der letzten Stadtverordnetenversammlung die Errichtung der Stelle eines Oberstadtschreibers beschlossen und die neu geschaffene Stelle dem bisherigen Stadtschreiber Wenz übertragen.

r. **Johannisberg, 6. März.** Der Besitzer der Ölmühle, Johann Daniel Fr. von hier, ein noch sehr rüstiger Mann, zog sich eine Wunde an der linken Hand zu. Er beabsichtigte die an sich unbedeutende Verletzung nicht, bis sich erhebliche ernste Erscheinungen einstellten. Leider zeigte es sich, daß jetzt bereits ärztliche Hilfe zu spät kam; der Patient starb in wenigen Tagen an Wandharrkamp.

i. **Herborn, 6. März.** In den Gemeinden Königsberg und Erda beabsichtigt die Zigarrenfabrik Mann u. Cloos in Heidenheim zwei weitere Filialen zu errichten. — Im benachbarten Dörsbach, wo seit 80 Jahren keine Feiertage stattfanden, findet in diesem Jahre die Rahmenweiche des dortigen Kriegervereins statt. — Soeben wurden für den Gesangwettbewerb in Burg die Preisgelder ausgeben. Für Klasse 2 (Vollgesang) wurde „Im Walde“ von J. Pauls, für Klasse 1 (Kunstgesang) „Brübling“ von Rheinberger gewählt.

w. **Montabaur, 6. März.** Ein hier bediensteter jugendlicher Knecht brach nachts in ein hiesiges Möbelgeschäft ein und stahl 200 M. Ein ebenfalls hier bediensteter Knecht stahl tags darauf dem Dieb das gestohlene Geld und noch einen Tag später wurde der erste Dieb und der Dieb des gestohlenen Geldes verhaftet. — An der Entlassungsprüfung am hiesigen katholischen Lehrerseminar nahmen 26 Kandidaten teil, die sämtlich die Prüfung bestanden.

b. **Sachsenburg, 5. März.** Die Landgänger des Westwaldes — Handwerker und Bauherren — haben zum großen Teil bereits ihre Heimat verlassen. Auch die immer mehr erstarbende Industrie des Kreises vermag die Leute nicht das ganze Jahr hindurch in der Heimat festzuhalten.

* **Mainz, 7. März.** Rheingel: 95 cm gegen 1 m am gestrigen Vormittag.

Kleine Chronik.

Der Erdstich am Monte Murro in Italien begann am 27. Februar. Ein Teil des Berges hatte sich abgelöst und glitt dem Städtchen zu, dessen Bewohner alarmiert wurden und sich ihre Habsgüter in Sicherheit brachten. Wenige Stunden später trachten unter dem Anpralle der Geröllmassen die vordersten 15 Häuser zu-

kommen. Dann hielt die Erdbewegung an, um nach einigen Tagen wieder zu beginnen, wobei nach den offiziellen Angaben zwei Kirchen und 225 Häuser zerstört wurden. Jetzt ist wieder ein Stillstand eingetreten.

Deflorierter Ritter. Unabhängig von den schon von der Königin Wilhelmine als persönlicher Gnadenbeweis verliehenen Ehrenmedaillen des Hausordens von Spanien zeichnete die holländische Regierung den Schiffer Sperling, den Kapitän des Rettungsdampfers „Janzen“ und Claas Ree, den Lotsenlehrling, welcher als erster auf die Mole sprang, mit dem Ritterkreuz des Oranien-Nassau-Ordens aus und verlieh den übrigen Retteuren Ehrenmedaillen ihres Hauses.

Verlassenes Schiff. Im Frischen Kanal wurde die „Edmeralda“ von dem Dampfer „Sehlen“ verlassen und umhertreibend gefunden. Das Fahrzeug hatte 20 Tonnen Schießpulver an Bord. Die „Sehlen“ schleppte die „Edmeralda“ nach Holshead, wo sie abseits vom Kurse der mit Irland verkehrenden Passagierdampfer verankert wurde. Von der Besatzung fehlt jede Spur; ihr Schicksal ist in tiefes Dunkel gehüllt.

Ragen mit — Maulkörben! Eine eigenartige Anstandsverordnung ist für den Bereich der Gemeinden Gölzen vorm Rier, Nimberge, Klinghausen und Dieberrmühle bei Hülften i. B. erlassen worden. Es hatten sich dort mehrfach tollwütige Hunde und Ragen gezeigt. Zur Sicherheit ist nun angeordnet worden, daß auf die Dauer von drei Monaten sämtliche Hunde und Ragen, sofern sie ihren Aufenthalt im Freien haben, an der Kette festgelegt sein müssen. Es ist indessen gestattet worden, die Hunde und die Ragen mit Maulkörben zu versehen und sie an der Leine zu führen, widrigenfalls sie abgeschossen werden. Eine gleichartige Verfügung in Bezug auf Ragen ist wohl bisher nicht zu verzeichnen gewesen.

Pariser Pferdefleischkonsum. Die Gourmets in Paris haben 1906 Pferdefleisch im Gewicht von 220 000 Zentner konsumiert, das sind ungefähr 40 000 Gänse des in Frage kommenden Kalibers. 1899 wurden nur 100 000 Zentner verbraucht. Der Appetit wächst anscheinend auch hier mit dem Essen.

Gerichtssaal.

* **Marburg, 6. März.** Ein Baunternehmer von Großalmerode wurde im Oktober 1905 von der Strafkammer zu Cassel wegen Vornahme unzüchtiger Handlungen mit Kindern unter 14 Jahren zu einer Gefängnisstrafe von einem Jahre verurteilt. Die Straftaten sollten zum Teil bereits im Januar und Februar 1904 begangen sein. Auf Revision des Verteidigers, Rechtsanwalt Dr. A. Weis in Cassel, wurde dieses Urteil vom Reichsgericht aufgehoben und die Sache zur anderweitigen Verhandlung und Entscheidung an die Strafkammer des Landgerichts zu Marburg verwiesen, vor welcher die erneute Verhandlung stattfand. Eine große Anzahl von Schulkindern wurde zur Erhaltung der Anstalt vernommen. Außerdem aber waren auf Antrag der Verteidigung mehrere Lehrer der Kinder als Zeugen geladen. Diese bekundeten, daß die Kinder, die im Alter von 10 bis 12 Jahren standen, eine geradezu bedauerliche Kenntnis von geschlechtlichen Dingen besäßen, was zum Teil wohl auch auf die ungünstigen Wohnungsverhältnisse der Eltern zurückzuführen sei. Außerdem sei zu beobachten, daß die Kinder, um sich interessant zu machen, Vorfälle erzählten, welche direkt unwahr oder doch zum mindesten stark übertrieben seien, so daß derartige Erzählungen mit großem Mißtrauen zu begegnen sei. In der Verhandlung wurde festgestellt, daß eins der Kinder, das Töchterchen eines Gastwirts, seinen Schulkameraden erzählt hatte, der Angeklagte habe es in seine Wohnung gelockt und dort mißbraucht. Vor Gericht gestand das Kind ein, daß an der ganzen Sache kein wahres Wort sei; ob es ihren Freundinnen etwas derartiges erzählt, wisse es nicht mehr. Es fügte hinzu, der Angeklagte habe nur versucht, es einmal ins Gefäß zu locken. Als hierauf näher eingegangen wurde, stellte es sich heraus, daß der Angeklagte einmal im Sommer mit einem Freunde in der Gartenwirtschaft des Vaters des Kindes in einer Laube gesessen und das Kind gebeten habe, das Bier dorthin zu bringen. Das Kind beständige dann auch, daß es lediglich diesen Vorfall gemeint habe. Ein anderes Kind, welches zur Zeit der angeklagten Straftaten 11 Jahre alt war und als Hauptbelastungszeugin in Betracht kam, hatte bei seinen mehrfachen gerichtlichen Vernehmungen seine Aussage in ganz wesentlichen Punkten wiederholt geändert und sich bei der Vernehmung in der Marburger Verhandlung ganz erheblich von der in Cassel abgegebenen Aussage ab. Das Gericht konnte sich angesichts dieser Umstände von der Schuld des Angeklagten nicht überzeugen und erkannte auf kostenlose Freisprechung. (Dieser Fall liefert wieder einen sehr interessanten Beitrag zu dem Kapitel der Glaubwürdigkeit von Kinderaussagen und mahnt zur äußersten Vorsicht bei Benutzung solcher Aussagen.)

* **Rom, 7. März.** Als vor dem Gericht in Bari gegen den Neapolitaner Vegetti wegen Verführung der 20jährigen Antonia Pontrelli verhandelt wurde, zog diese plötzlich einen Revolver und schloß ihren Verführer nieder. Im Gerichtssaal entstand eine Panik. Das Mädchen, das sich in anderen Umständen befand, wurde verhaftet.

Lezte Nachrichten.

Continental-Telegraphen-Kompagnie.

Paris, 7. März. Gegenüber der Note des Kriegsministers, nach welcher in der Louvre St. Leo-Kaserne lediglich eine Rauferei zwischen betrunkenen Militärs stattgefunden habe, halten mehrere Blätter aufrecht, daß es sich bei diesen Ereignissen um eine regelrechte Meuterei gehandelt habe. Neun mit Arrest bestrafte Soldaten verlangten Decken, und als der Wachmeister die Boote dieselben verweigerte, sammelten sich zahlreiche Artilleristen vor dem Zimmer des Wachmeisters, feuerten Revolvergeschosse ab und schändeten

Steine gegen die Fenster. Der Wachmeister erwiderte die Revolvergeschosse und stellte das Schießen erst ein infolge des Einschreitens eines anderen Unteroffiziers. Die Erbitterung der Soldaten gegen die Unteroffiziere, welche nur bewaffnet ihre Zimmer zu verlassen wagen, ist sehr groß.

Zwei Pariser Geistliche, die Pfarrer der Kirchen St. Denis und St. Gervais, haben ihre Entlassung eingereicht, weil ihr Gesundheitszustand ihnen nicht mehr gestatte, unter den gegenwärtigen schwierigen Verhältnissen ihr Seelsorgeramt weiter auszuüben. Dem „Figaro“ zufolge dürften noch andere Pariser Pfarrer demissionieren aus Furcht, daß es ihnen unmöglich sein werde, die Mittel zur Fortsetzung des Gottesdienstes zu beschaffen.

Das Justizpolizeigericht in Nantes verurteilte 27 Ursulinerinnen, die sich trotz des Kongregationsgesetzes von 1904 weigerten, ihr Kloster zu verlassen, zu Geldstrafen von 16 bis 25 Frank. Beim Verlassen des Gerichtsgebäudes wurde den Klosterfrauen von der Menge eine Sympathiekundgebung dargebracht.

Im 41. Infanterie-Regiment in Rennes sind, dem „Matin“ zufolge, 30 Mann an Gichtstarre erkrankt, doch ist bisher kein einziger Todesfall eingetreten.

Nach dem Beispiele der Winger von Vairas verweigern nunmehr auch die Winger anderer Gemeinden, insbesondere die von Salses, die Zahlung der Steuern mit der Begründung, daß infolge der geringen Weinpreise unter ihnen die größte Armut herrsche.

London, 7. März. Die „Morningpost“ meldet aus Washington: Das Staatsdepartement gab Anordnungen aus, durch welche das Stille Ozean, das Philippinen- und das China-Geschwader zu einer Flotte mit Honolulu als Verteidigungspunkt für den Stillen Ozean vereinigt werden. Es wird zwar auseinandergelegt, daß diese Konzentration der Seestreitkräfte in keinem Zusammenhang stehe mit dem durch die Ereignisse in Kalifornien gezeitigten Charakter der Beziehungen der Vereinigten Staaten zu Japan, doch ist offenkundig, daß die Regierung erkenne, es sei wichtig, auf dem Stillen Ozean eine Flotte aufrechtzuerhalten, die hinreichend stark ist, die Philippinen und Hawaii zu verteidigen und die an der Pazifischen Küste gelegenen Staaten der Union zu schützen.

Deutschenbureau Derold.

Berlin, 7. März. Die „Germania“ leitetartfält über das Ergebnis der Etablierung und meint, daß diese zwar keine volle Klärung der politischen Lage gebracht habe, daß aber durch sie in erster Linie die gegenwärtige Stellung des Fürsten Bülow zur Zentrumsfraction klargestellt worden sei. Allerdings, schreibt das Blatt, bedeutet diese Stellungnahme des Reichskanzlers nicht nur den Abbruch der bisherigen politischen Beziehungen, sondern einen vollen Bruch mit dem Zentrum, dessen Eindruck durch die Bräuführung, die Fürst Bülow anzuwenden beliebte, noch verstärkt wurde. Wenn das Zentrum auch weit davon entfernt ist, nunmehr eine Politik der Verärgerung und der Obstruktion zu betreiben, so hat es doch keinen Grund und keinen Anlaß mehr, Rücksicht auf die Verdon des gegenwärtigen Reichskanzlers und seine persönliche Politik zu nehmen.

Berlin, 7. März. Die Neuformationen der preussischen Armee, die nach dem Gesetz vom 15. April 1905 in diesem Jahre gebildet werden, erhalten, wie die „Voss. Ztg.“ hört, folgende Garnisonorte: Das neu zu formierende Bataillon Infanterie wird dem 172. Infanterie-Regiment in Neu-Breisach zugeteilt, während ein dort stehendes Bataillon vom 142. Regiment nach Mühlheim in Baden verlegt wird. Das Pionier-Bataillon Nr. 23 erhält Graudenz als Garnison. Dort wird auch der neue Pionier-Regimentsstab (Kommando der Pioniere des 17. Armeekorps) gebildet. Das neue 4. Telegraphen-Bataillon mit Bessungen-Abteilung und Funken-Telegraphie-Abteilung kommt nach Karlsruhe, dem Sitz des Generalkommandos des 11. Armeekorps. Diese Neuformationen treten am 1. Oktober d. J. in Kraft.

Wien, 7. März. Mit Bezug auf die Meldung, daß Italien auf der Haager Friedenskonferenz auf Seiten Englands stehen und die englischen Vorschläge unterstützen werde, erfährt der englische Korrespondent der „Neuen Freien Presse“ von maßgebender Seite, daß, wenn auch immer solche Beschlüsse auf der Konferenz zur Beratung kommen mögen, Italien seinen Bundespflichten gemäß in vollem Einvernehmen mit Deutschland und Österreich-Ungarn handeln werde.

Bern, 7. März. Der Prozeß gegen Tatania Leontieff, die im Hotel „Jungfrau“ in Interlaken den Pariser Rentier Müller, den sie für den russischen Minister Tournow hielt, erschoss, beginnt am 25. d. M. in Thun. Der Vater der Leontieff hat infolge dieser Tat seiner Tochter alle seine amtlichen Stellen in Rußland verloren. General Leontieff war seinerzeit Vizegouverneur von Kaschan.

Genf, 7. März. Oberst Müller, welcher gestern aus Bern hier eintraf, reist morgen nach Bordeaux und Madrid weiter. Am nächsten Montag wird er in Madrid vom König empfangen werden. Dann begibt er sich über Gibraltar nach Tanger. Oberst Müller erklärte, er werde sich sofort nach seiner Ankunft in Tanger mit den französischen und spanischen Offizieren über die Organisation der Polizei verständigen. Die Unteroffiziere würden derselben Nation entnommen werden wie die Offiziere. Müller gedenkt einige Monate in Tanger zu verbleiben und dann auf kurze Zeit nach Bern zurückzukehren, um seine Familie abzuholen und sich gänzlich in Marokko niederzulassen.

Paris, 7. März. Die Blätter nehmen ohne Bemerkungen die alarmierende Nachricht der „Times“ auf, nach der durch ein deutsch-dänisches Sonder-Ab-

kommen über die Neutralisierung der dänischen Wasserstraßen die Ostsee in ein Mare clausum verwandelt werden soll. Bischoff nahm bisher niemals Anlaß, in seinen Gesprächen mit den Diplomaten irgendwelches Mißtrauen wegen der zwischen Deutschland und Dänemark bestehenden Beziehungen zu äußern und es ist anzunehmen, daß die Mitteilung, welche anscheinend bezweckte, den Berliner maßgebenden Kreisen irgendwelche Äußerungen zu entlocken, kaum von dem Ministerium des Äußeren inspiriert worden ist.

Paris, 7. März. Nach Meldungen aus Rom habe die deutsche Regierung auf die Protestnote des Vatikans wegen der Beschlagnahme der Papiere Montagninis geantwortet, jedoch sei der Bescheid nicht sehr ermutigend ausgefallen.

Petersburg, 7. März. Die Einrichtung politischer Verbände soll, wie der Zar dem Duma-Präsidenten mitteilte, vorläufig sistiert werden. Jedoch bleiben die Geldgerichte noch in Kraft.

Köln, 7. März. Nachdem der Stadthauptmann das Fortbehalten des Gewerbekasserverbandes wieder gestattet hat, ist der Streik der Schriftsetzer und Buchdrucker beendet. Die Arbeit ist überall wieder aufgenommen worden, die Zeitungen können wieder erscheinen.

Naga, 7. März. Sechs vom Kriegsgericht zum Tode verurteilte Revolutionäre wurden gestern in Libau und zwei in Wenden erschossen.

Rom, 7. März. Der Londoner Korrespondent der „Stampa“ fragte einen englischen Politiker, den er als intimen Freund König Eduards und Kandidaten für einen Gouverneurposten einer Kolonie bezeichnet, ob ein englisch-italienischer Bündnisvertrag bestehe. Der Politiker antwortete: König Eduard hat klar und deutlich von seinem Bundesgenossen Viktor Emanuel gesprochen. Italien ist der Bundesgenosse Englands in allen Mittelmeer- und nordafrikanischen Fragen. In jeder Orient- und Mittelmeer-Frage würde England und Italien gemeinsam vorgehen und gemein-schaftlich handeln.

Bigo, 6. März. Der König von Sachsen ist gestern hier eingetroffen und nach kurzem Aufenthalt nach Lissabon weiter gereist.

Volkswirtschaftliches.

Marktberichte.

Fruchtmärkte zu Wiesbaden vom 7. März. 100 Kilo Safer 18 M. 80 Pf. bis 19 M. 40 Pf., 100 Kilo Weizen 5 M. 60 Pf. bis 6 M. 40 Pf., 100 Kilo Gerst 5 M. 40 Pf. bis 7 M. Angefahren waren 12 Wagen mit Frucht und 32 Wagen mit Stroh und Heu.

Fruchtmärkte zu Limburg vom 6. März. Roter Weizen, Kassauischer, per Malter 15 M. 45 Pf., Korn per Malter 12 M. 80 Pf., Safer per Malter 9 M. 30 Pf.

Handel und Industrie.

Güterverkehr im Hafen zu Mainz im Monat Januar 1907. 1. Schiffsverkehr: Zum Aus- und Einladen angekommen: a) Dampfschiffe 318, b) Segel- und Schleppschiffe 412. 2. Hochverkehr: Angekommene und abgegangene Schiffe: —. 3. Hafenbahnverkehr: Angekommene und abgegangene Wagenladungsleistungen: 2382. 4. Güterverkehr (in Tonnen): Zufuhr zu Berg: 16 565, zu Tal: 11 379, Abfuhr zu Berg: 267, zu Tal 3188, Überladungen von Bord zu Bord: 246, Gesamtverkehr: 33 945.

Geldmarkt.

Frankfurter Börse, 7. März, mittags 12¼ Uhr. Kredit-Aktien 214, Diskontokommandit 182.10, Dresdener Bank 155, Deutsche Bank 241.50, Handelsgesellschaft 169.50, Staatsbank 145.00, Lombarden 29.75, Baltimore und Ohio 107.40, Gelsenkirchener 207.50, Bochumer 234.25, Harpener 217.50, Laurahütte 235, Turkenlohe 146.25, Nordb. Lloyd 128.50, Hamb.-Amer.-Pacif. 149.50.

Öffentlicher Wetterdienst.

Dienststelle Weilburg (Landwirtschaftsschule).

Voraussichtliche Witterung für die Zeit vom Abend des 7. März bis zum nächsten Abend:

Mäßige westliche Winde, zunehmende Bewölkung, kein erheblicher Niederschlag, etwas wärmer.

Genaueres durch die Weilburger Wetterkarte (monatlich 50 Pf.), welche an den Plakatafeln des „Tagblatt“-Hauses, Bunggasse 27, und an der Haupt-Agentur des Wiesbadener Tagblatts, Wilhelmstraße 4, täglich angeschlagen werden.

Geschäftliches.

Haarausfall, Haarpalte, Haarfrag

und die lästigen Schuppen beseitigt und verhindert das abfallen der Haare und allein achte Pfarrer „Kneipp“ „Brennhaaar“-wasser, befördert sehr den Haarwuchs und stärkt die Kopfnerven. Man achte genau auf Bild und Namenszug. Geb. Kneipp und hüte sich vor den vielen, oft sehr schädlichen Nachahmungen. Zu beziehen durch

Kneipp-Haus, nur Rheinstr. 59.

Telefon 3240.

Die Abend-Ausgabe umfaßt 12 Seiten.

Tagblatt-Fernsprecher für den Verlag: Nr. 2963, für die Redaktion: Nr. 52. Rufzeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.
Druckerei-Fernsprecher für die R. Schellenberg'sche Hofbuchdruckerei: Nr. 2266. Rufzeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Zeitung: 28. Schulte vom 28.2.

Verantwortlicher Redakteur für Inhalt: R. Schulte vom 28.2. in Garmisch-Partenkirchen. Für die Druckerei: J. Käßler; für den Verlagsvertrieb: E. Käßler; für die Anzeigen und Belangen: G. Dornau; sämtlich in Wiesbaden. Druck und Verlag von R. Schellenberg'scher Hofbuchdruckerei in Wiesbaden.

Nach dem öffentlichen Börsen-Kursblatt der Maklerkammer zu Frankfurt a. M.

1 skand. Krome = $\text{A} 1.125$; 1 alter Gold-Rubel = $\text{A} 3.20$; 1 Rubel, alter Kredit-Rubel = $\text{A} 2.16$; 1 Peso = $\text{A} 4$; 1 Dollar = $\text{A} 4.20$; 7 fl. süddeutsche Währ. = $\text{A} 12$; 1 Mk. 830. = $\text{A} 1.50$.

Staats-Papiere.			Z. Amerik. Eisenb.-Bonds.		
Zf.	a) Deutsche.	In %	Zf.	Centr. Pacif. 1. Ref. M.	In %
1.	D. R.-Schatz-Anw.	98.00	4.	Chic. Milw. St. P. & N. W.	98.20
2.	D. Reichs-Anleihe	97.50	5.	Chic. Milw. St. P. & N. W.	98.70
3.	Pr. Schatz-Anw.	95.00	6.	Chic. Milw. St. P. & N. W.	100.00
4.	Preuss. Consols	97.40	7.	Chic. Milw. St. P. & N. W.	100.00
5.	Bad. A. v. 1901 uk. 09.	101.70	8.	Chic. Milw. St. P. & N. W.	100.00
6.	Anl. (abg.) s. H.	96.20	9.	Chic. Milw. St. P. & N. W.	100.00
7.	Anl. v. 1886 abg.	96.	10.	Chic. Milw. St. P. & N. W.	100.00
8.	Anl. v. 1892 u. 94.	95.80	11.	Chic. Milw. St. P. & N. W.	100.00
9.	Anl. v. 1900 kb. 05.	95.80	12.	Chic. Milw. St. P. & N. W.	100.00
10.	Anl. v. 1902 kb. 1910.	95.80	13.	Chic. Milw. St. P. & N. W.	100.00
11.	Anl. v. 1904 u. 1912.	95.80	14.	Chic. Milw. St. P. & N. W.	100.00
12.	Anl. v. 1896.	95.80	15.	Chic. Milw. St. P. & N. W.	100.00
13.	Bayr. Abl.-Rente s. H.	100.90	16.	Chic. Milw. St. P. & N. W.	100.00
14.	E.-B. u. A. uk. b. 06.	102.20	17.	Chic. Milw. St. P. & N. W.	100.00
15.	E.-B. u. A. uk. b. 08.	98.80	18.	Chic. Milw. St. P. & N. W.	100.00
16.	E.-B. u. A. uk. b. 10.	98.80	19.	Chic. Milw. St. P. & N. W.	100.00
17.	Br. Schatz-Anw.	98.40	20.	Chic. Milw. St. P. & N. W.	100.00
18.	Br. Schatz-Anw.	98.40	21.	Chic. Milw. St. P. & N. W.	100.00
19.	Br. Schatz-Anw.	98.40	22.	Chic. Milw. St. P. & N. W.	100.00
20.	Br. Schatz-Anw.	98.40	23.	Chic. Milw. St. P. & N. W.	100.00
21.	Br. Schatz-Anw.	98.40	24.	Chic. Milw. St. P. & N. W.	100.00
22.	Br. Schatz-Anw.	98.40	25.	Chic. Milw. St. P. & N. W.	100.00
23.	Br. Schatz-Anw.	98.40	26.	Chic. Milw. St. P. & N. W.	100.00
24.	Br. Schatz-Anw.	98.40	27.	Chic. Milw. St. P. & N. W.	100.00
25.	Br. Schatz-Anw.	98.40	28.	Chic. Milw. St. P. & N. W.	100.00
26.	Br. Schatz-Anw.	98.40	29.	Chic. Milw. St. P. & N. W.	100.00
27.	Br. Schatz-Anw.	98.40	30.	Chic. Milw. St. P. & N. W.	100.00
28.	Br. Schatz-Anw.	98.40	31.	Chic. Milw. St. P. & N. W.	100.00
29.	Br. Schatz-Anw.	98.40	32.	Chic. Milw. St. P. & N. W.	100.00
30.	Br. Schatz-Anw.	98.40	33.	Chic. Milw. St. P. & N. W.	100.00
31.	Br. Schatz-Anw.	98.40	34.	Chic. Milw. St. P. & N. W.	100.00
32.	Br. Schatz-Anw.	98.40	35.	Chic. Milw. St. P. & N. W.	100.00
33.	Br. Schatz-Anw.	98.40	36.	Chic. Milw. St. P. & N. W.	100.00
34.	Br. Schatz-Anw.	98.40	37.	Chic. Milw. St. P. & N. W.	100.00
35.	Br. Schatz-Anw.	98.40	38.	Chic. Milw. St. P. & N. W.	100.00
36.	Br. Schatz-Anw.	98.40	39.	Chic. Milw. St. P. & N. W.	100.00
37.	Br. Schatz-Anw.	98.40	40.	Chic. Milw. St. P. & N. W.	100.00
38.	Br. Schatz-Anw.	98.40	41.	Chic. Milw. St. P. & N. W.	100.00
39.	Br. Schatz-Anw.	98.40	42.	Chic. Milw. St. P. & N. W.	100.00
40.	Br. Schatz-Anw.	98.40	43.	Chic. Milw. St. P. & N. W.	100.00
41.	Br. Schatz-Anw.	98.40	44.	Chic. Milw. St. P. & N. W.	100.00
42.	Br. Schatz-Anw.	98.40	45.	Chic. Milw. St. P. & N. W.	100.00
43.	Br. Schatz-Anw.	98.40	46.	Chic. Milw. St. P. & N. W.	100.00
44.	Br. Schatz-Anw.	98.40	47.	Chic. Milw. St. P. & N. W.	100.00
45.	Br. Schatz-Anw.	98.40	48.	Chic. Milw. St. P. & N. W.	100.00
46.	Br. Schatz-Anw.	98.40	49.	Chic. Milw. St. P. & N. W.	100.00
47.	Br. Schatz-Anw.	98.40	50.	Chic. Milw. St. P. & N. W.	100.00
48.	Br. Schatz-Anw.	98.40	51.	Chic. Milw. St. P. & N. W.	100.00
49.	Br. Schatz-Anw.	98.40	52.	Chic. Milw. St. P. & N. W.	100.00
50.	Br. Schatz-Anw.	98.40	53.	Chic. Milw. St. P. & N. W.	100.00
51.	Br. Schatz-Anw.	98.40	54.	Chic. Milw. St. P. & N. W.	100.00
52.	Br. Schatz-Anw.	98.40	55.	Chic. Milw. St. P. & N. W.	100.00
53.	Br. Schatz-Anw.	98.40	56.	Chic. Milw. St. P. & N. W.	100.0



Biebricher Schloss-Eier-Makkaroni und Eier-Nudeln sind einzig!

Ueberall in guten Geschäften erhältlich.
Vertreter: W. Anacker, Bismarck-Ring 17. Fernsprecher No. 603.

Wiesbadener Lehrer-Gesangverein.

Sonntag, den 10. März 1907, abends 7 1/2 Uhr,
im grossen Saale des Kasinos (Friedrichstrasse):

II. Konzert,

unter gütiger Mitwirkung des Fräuleins **Emmy Kloos**, Konzertsängerin von hier und des Herrn **Hans Lange**, I. Konzertmeister des Opernorchesters in Frankfurt a. M.

Leitung: Herr Kgl. Musikdirektor **H. Spangenberg**.

Die Mitglieder und Inhaber von Jahreskarten ladet höflich ein.
Der Vorstand. F 364

Nassauischer Kunstverein.

Samstag, den 16. März i. J., nachmittags 3 Uhr,
im Museum (Ausstellungsalokal): F 441

General-Versammlung.

- Tagesordnung:**
1. Jahresbericht.
 2. Ergänzungswahl des Vorstandes.
 3. Entlastung des Kassierers.
 4. Anträge aus der Versammlung.
 5. Verlosung.

Die verehrl. Mitglieder werden hierzu ergebenst eingeladen.
Der Vorstand.

Der Reichsverband

gegen die Sozialdemokratie hat die Bestimmung, alle in Treue zu Kaiser und Reich stehenden Deutschen ohne Unterschied ihrer religiösen und politischen Parteilichung zum Kampf gegen die antimonarchischen und revolutionären Bestrebungen der Sozialdemokratie zu einigen. Alle Staatsstreuen Männer, welche sich diesen Bestrebungen anschließen wollen und besonders von der Notwendigkeit eines Zusammengehens für **Wiesbaden** pp. durchdrungen sind, werden gebeten, ihre genauen Adressen schriftlich an die Geschäftsstelle des Reichsverbandes, Wiesbaden, Goethestrasse 4, mitzutheilen.

Auf Grund dieser Mitteilung werden die Adressaten zu einer Versammlung aufgefordert werden, um in ihr das Weitere zu beraten. Der Vorstand.

Detectiv- u. Auskunftsbureau „Union“.

Telephon 3539. Am Römerstor 3. Telegr.-Adresse: Bureau „Union“.

Ermittlungen, Beobachtungen, Auskünfte

über Vermögen, Auf, Charakter, Vorleben, Lebenswandel u. auf allen Plätzen des In- u. Auslandes. — Empfohlen durch hohe juristische Personen u. Inanspruchnahme Kaiserl. Kgl. Behörden.

Ringäpfel, beste Qualität, Pfd. 41 Pf.

Apfeln	Pfd. 18 Pf.	Gemüse-Nudeln	Pfd. 22 Pf.
Frangöf. Apfeln, 80/80er	24	Griesband f.g.	25
" " 70/80er	27	Griesband f.g.	30
" " 60/70er	30	Griesband f.g.	35
" " 50/60er	34	Griesband f.g.	40
" " 40/50er	38	Griesband f.g.	45
" " 30/40er	46	Griesband f.g.	50
Wasserschale	Pfd. 40, 35 u. 30	Griesband f.g.	55

C. F. W. Schwanke Nachf., 43 Schwalbacherstr. 43. Telephon 414.

Trau-Ringe

ohne Preiserhöhung. Gravieren umsonst, worauf gewartet werden kann.

Otto Bernstein, Juwelier,

Nur 40 Kirchgasse 40, Ecke Kl. Schwalbacherstrasse.



Fischhaus
Johann Wolter
Ellenbogengasse 3.

Empfehle große Schellfische 35—40, i. Ausschn. 50 Pf., Kabeljau im Ausschnitt 40 Pf., kleine Schellfische 25 bis 30 Pf., grüne Serringe 25 Pf., Backfisch ohne Gräten 35—40 Pf., Merlan 50 Pf., Stint (Sperlan) 50 Pf., Heilbutt, Ostender Seezungen, Limandes, prima Seehecht i. Ausschn. 70 Pf., ff. Zander per Pfd. von 80 Pf. an, Rheinlalm 4 Mk., rotfl. Salm im Schnitt von 1.50 an, leb. Karpfen, Schleie, Bream, Bachforellen, Hummern billigst, allerfeinste Angelschellfische, in Qualität unübertroffen, 50 bis 60 Pf., Nordsee-Kabeljau, hochfein im Ausschnitt, 60 Pf.
Bratbücklinge St. 10 Pf., Lhd. 1.10 Mk.
Bestellungen erbitte frühzeitig!

Konfirmations-

Geschenke für Mädchen,

Konfirmations-

Geschenke für Knaben,

Konfirmations-

Karten, reiz. Neuheiten,

riesige Auswahl.

Kaufhaus Führer,

Kirchgasse 48. K 65

Grösstes Spezialhaus
für Galanterie- und Spielwaren.

Solidor!

Solidester Seidenstoff
für Futter und Unterröcke.

Preis: Mk. 1.85

Alle Farben vorrätig.

Alleinverkauf:

J. Herz Langgasse
= 20. =

Beste Hofgutterbutter,

Pfund 1.15 Mk.,

garantiert frische Eier, Stück 7 Pf., 8 Pf., 9 Pf., beste Süßrahmbutter in Paket oder vom Block per Pfd. 1.30 Mk.
Telephon 3464, Carl Jeckel, Saalgasse 5, neben dem Palais-Hotel.

Saararbeiten

Berücken, Scheitel, Zöpfe, einzelne Teile, Unterlagen usw., aus prima Schnitthaaren, werden unter Garantie u. vorzüglicher Arbeit zu billigen Preisen angefertigt. Besonders empfehle für ältere Damen Arbeiten aus naturgrauen u. weißen Haaren; dieselben behalten im Tragen ihre schöne natürliche Farbe ohne grünlich zu werden. 6484
C. Probstmann, Saarhandl. aus Wien, Rheinstraße 26, Gartenh. 1. Et., zwischen Nikolaus- und Adolfsstraße.

8 Uhr-Ladenschluss.

Extra-Kurse:

Buchführung, einf., dopp., amerik., Stenographie, Maschinenschreib., Schönschreiben.

Anmeldungen baldigst erbeten.
Institut Bein,
Telephon 3030. Rheinstraße 103.

Gefangnisse des Männer-Turnvereins.

(40-jähriges Jubiläum.)

Samstag, 9. März, abends 8 1/2 Uhr: Großer Fest-Kommers, unter Beteiligung der hiesigen Gesangsvereine.

Sonntag, 10. März, vorm. 10 1/2 Uhr: Gedächtnisfeier für die Verstorbenen auf dem neuen Friedhof, am Grabe des Herrn Ph. Börner.

Abends 8 1/2 Uhr: Wohltätigkeits-Konzert für die Hinterbliebenen der verunglückten Bergleute der Grube Needen.

Mitwirkende: Fräulein Cordes (Sopran), Opernsängerin von hier, die Kapelle des Großh. Leibregiments Nr. 117 aus Mainz. Leitung: Herr Musikdirektor Otto Schleifer. Chorleitung: Herr Königl. Kammermusiker Ernst Lindner.

Die Festlichkeiten finden in unserer Turnhalle, Blatterstr. 16, statt. Einlasskarten zum Konzert für Nichtmitglieder à 1 Mark zu erhalten bei Herrn Fritz Engel, Kirchgasse 7, Herrn Hch. Rumpf, Wellstr. 1.

Wir laden unsere Mitlieder, sowie eine geehrte Bürgerchaft zu unseren Jubiläums-Festlichkeiten herzlich ein und bitten um geneigten Zuspruch. P 423
Die Gefangnisse des Männer-Turnvereins,
Wilhelm Münch, Obmann.

Die Mode

engl. Mäntel

und

Jackenkleider

Aparte
Spezialformen
hervorragend preiswert.

Mäntel

von 24 Mk., 32 Mk., 42 Mk.
etc.

Wollene
und
seidene

Blusen

11.50, 15, 19.50, 24 Mk.

Eleganter Schnitt.
Neuheiten.

Jackenkleider

42 Mk., 52 Mk., 65 Mk.
85 Mk. etc.

Neu eingerichtet

Liberty-Abteilung

Liberty-Seide.

Liberty-Blusen.

J. Bacharach.

K 41

Vollständiger Ausverkauf

wegen Geschäftsaufgabe

fämtlicher Eisen-, Stahl- und Messingwaren,
wie: Werkzeuge, Beschläge, Gartengeräte, Ofen, Kohlentöpfe, Stacheln, alle Arten Küchengeräte, Tischmesser u. Gabeln, Taschenmesser, Scheren u. u. außergewöhnlich billig, weit unter dem Einkaufspreis. 262

Wilh. Unverzagt, 25 Langgasse 25.

Tadellose Massarbeit

liefert zu sehr mässigem Preis

M. Auerbach, Herren-Schneider,
Friedrichstrasse 8.

255

Außerordentliche Stadtverordneten-Sitzung vom 6. März.

Es sind 32 Stadtverordnete anwesend.

Den Vorsitz führt Geh. Sanitätsrat Dr. A. Pagen-
stecher.

Am Magistratsstisch: Oberbürgermeister Dr. von
Jbell, die Beigeordneten Körner, Dr. Scholz
und Travers, sowie die Stadträte Blume, Hees,
Kimmel und Weidmann.

Auf der Tagesordnung steht als einziger Gegen-
stand die

Beratung des Etats für 1907.

Zunächst erstattet Stadtverordneter Dr. Dreyer
namens des Finanzausschusses den folgenden Bericht
über den außerordentlichen Etat:

Der Voranschlag der außerordentlichen Verwaltung
verzeichnet für das Jahr 1907 einen voraussichtlichen
Anleihebedarf von 7748 781 M., getilgt werden 1418 388
M., so daß das Jahr 1907 eine weitere Vermehrung
der städtischen Schulden um 6330 393 M. auf 50204814
M. Mark ergeben wird. Da unsere Schulden am 1. April
1904 bloß 28808452 M. betrugen, so wird die

Sunahme

In diesen 4 Jahren nicht weniger als 21306362 M. be-
tragen oder mehr als 74 Prozent. An den 50 Millionen
Schulden sind zwar die sich bis jetzt selbst tragenden
Sonderverwaltungen mit 24365835 M. be-
teiligt. Aber auch nach Abzug dieser 24 Millionen
Schulden der Einzelverwaltungen bleiben noch immer
25838979 M. aus dem allgemeinen Bud-
get der ordentlichen Verwaltung zu ver-
zinsen und zu tilgen mit einer jährlichen Be-
lastung dieses Budgets von 1641423 M., einem Be-
trag, der die gesamte Einnahme aus der Grundsteuer,
der Gewerbe- und Betriebssteuer verschlingt. Und es ist
noch keineswegs sicher, daß auch in den kommenden
Jahren alle Einzelverwaltungen ihre Sonderschulden
ohne Zuschuß aus dem allgemeinen Budget verzinsen
und tilgen können. Denn sowohl das neue Kurhaus und
das Adlerbad wie die Vergrößerung der Wasserversor-
gung erfordern gewaltige Summen. Es muß dies
zur Vorsicht mahnen. Die Finanzen Wiesbadens sind
bis jetzt gesunde, und der Vermehrung der Schulden
steht auch eine nicht unbeträchtliche Vergrößerung des
städtischen Grundbesitzes gegenüber. Aber es stehen der
Stadt auch weitere große Ausgaben bevor. Das neue
Verwaltungsgebäude, das Museum, eine zweite höhere
Mädchenschule, ein Siedenhaus usw., und jedes Jahr
bringt neue unvorhergesehene Ausgaben. Vom Jahre
1910 ab haben wir mit einem Ausfall von mindestens
200 000 M. Misse zu rechnen, und noch ist es uns nicht
gelingen, dem für die allmähliche Ausgleichung vor-
geschlagenen Fonds auch nur einen Pfennig zuzuwenden,
nachdem die von dem Magistrat zu diesem Zwecke vorge-
schlagene Wertzuwachssteuer die Genehmigung der Stadt-
verordneten-Versammlung nicht gefunden hat. Wollen
wir aber unsere Finanzen auch weiter gesund erhalten,
so müssen wir ernstlich an die Rücklage der nötigen
Reservefonds herantreten. Nur durch sie wird es möglich
sein, auch in weniger günstigen Jahren auszu-
kommen, ohne den Bürgern die dann unverhältnis-
mäßig schwerer zu ertragenden neuen Lasten aufzubür-
den. Was wir darin bis jetzt geleistet haben, ist sehr
wenig. Dem im Jahre 1903 gegründeten Ausgleichs-
fonds ist nur noch einmal im Jahre 1905 ein weiter
Beitrag von 100 000 M. überwiesen worden, und auch
im Jahre 1907 muß er wieder leer ausgehen. Es ist
deshalb sehr zu hoffen, daß es der zu diesem Zwecke ein-
gesetzenden Kommission gelingen möge, neue Einnahme-
quellen zu erschließen, welche, ohne die Bürger über-
mäßig zu drücken, es dem Magistrat erlauben, in nor-
malen Jahren die zu einer gesunden Finanzwirtschaft
unentbehrlichen Ausgleichsfonds genügend zu dotieren.
Unter Vorbehalt der besonderen Genehmigung der
verschiedenen Kostenschläge durch die Stadtverordne-
ten-Versammlung, beantragt der Finanzausschuß: „Die
Stadtverordneten-Versammlung wolle der Feststellung
des Voranschlags der außerordentlichen Verwaltung für
das Rechnungsjahr 1907 mit 8880531 M. in Einnahme
und 8855781 M. in Ausgabe ihre Zustimmung er-
teilen.“

Oberbürgermeister Dr. v. Jbell eröffnet die allgemeine Besprechung des Etats

und bemerkt zunächst zu dem Etat der ordentl. Verwaltung,
Wenn in dem Bericht gesagt worden ist, daß im vorigen
Jahre ein Überschuß von über 600 000 M. erzielt wurde
und in diesem Jahre ebenfalls, wenn auch nicht in der-
selben Höhe, so doch verhältnismäßig ein großer Über-
schuß verbleiben werde, so halte ich dies für eine opti-
mistische Anschauung. In diesem Jahre sind erheblich
mehr Ausgaben, aber nicht mehr Einnahmen zu ver-
zeichnen, während im vorigen Jahre die Umsatzerlöse
einen größeren Betrag ergeben hat. Wir müssen eben
immer so wirtschaften, um Überschüsse zu behalten, denn
es wäre schlimm, wenn wir uns mit Ach und Krach
durchrücken oder gar in eine Defizitwirtschaft hinein-
geraten würden. Auf den Überschuß brauchen wir uns
gar nicht so viel zugute zu tun. Wir sind nicht in der
Lage gewesen, den Überschuß des Vorjahres zu benutzen,
um die Reservefonds zu stärken. Pflaster-Erneuerungs-
und Schulhausbaufonds, denen er in der üblichen Weise
überwiesen wurde, sind keine Reservefonds; das sind
reine Reservefonds. Ein Ausgleichsfonds ist ganz
entschieden notwendig, und zwar größer, als er bisher
gesammelt wurde. Er beträgt jetzt 200 000 M. Das ist
an und für sich viel zu gering, ganz abgesehen von dem
Ausfall, den der Wegfall an Misse auf Fleisch usw. von
1910 an bringen wird. Die Einkommensteuer ist
gestiegen, wir können aber nicht mit Bestimmtheit dar-
auf rechnen. Laß es so bleibt. Es können aber auch

Jahre kommen, die nicht so günstig sind, wir können
auch einmal einen Rückgang erleben, heute um so eher,
als nicht mehr der Durchschnitt der drei letzten Jahre,
sondern nur der des letzten Jahres maßgebend ist. Die
Einkommensteuer ist gestiegen, aber nicht wesentlich durch
den Zuzug, sondern durch das Wachsen des Einkommens
der Einwohner Wiesbadens. Wenn wir auch hier keine
Industrie haben, so haben wir doch eine Menge von
Einwohnern, die mit großen Kapitalien an auswärtigen
industriellen Anlagen beteiligt sind und auf deren Ein-
kommen der Aufschwung der Industrie einen günstigen
Einfluß geübt hat. Darum ist die Einkommensteuer so
angenehm gestiegen. Nach einer Aufstellung, die ich mir
vorlegen ließ, beträgt der Überschuß des Zugangs über
den Abgang an Steuer in der ersten Hälfte des laufen-
den Etatsjahres nicht ganz 20 000 M. Daraus folgt, daß
das Steigen der Einkommensteuer nicht wesentlich dem
Zuzug zuzuschreiben ist, sondern den vorher dargelegten
Verhältnissen. Zu der Wertzuwachssteuer kann
ich nur sagen, daß ich es lebhaft bedaure, daß Sie darauf
nicht eingegangen sind. Sie haben sie „in dieser Form“
für unannehmbar erklärt und den Magistrat ersucht,
andere Einnahmequellen zu eröffnen, während doch die
Majorität sich im Prinzip für die Steuer erklärt hatte.
Diese wurde im Magistrat zweimal durchberaten und
der verstärkte Finanzausschuß hat sich mit Majorität da-
für erklärt. Es wäre besser gewesen, die Stadtverordne-
ten-Versammlung hätte sich darüber ausgesprochen, in
welchen Punkten sie annehmbar sei, und damit eine
Grundlage für die weitere Bearbeitung geschaffen. Es
wurden zwar eine Konzessionssteuer und die
Kurtaxe vorgeschlagen, das sind aber keine Hilfs-
mittel, um auf die Dauer die Finanzen auf den richtigen
Standpunkt führen zu können. Daß wir neben diesen
kleinen Mitteln noch größere Quellen nötig haben, un-
terliegt keinem Zweifel. Wenn Sie nicht dazu übergehen
wollen, Werte, die hier geschaffen werden, zu lassen, so
kommen Sie notwendig dahin, daß Sie das Einkommen
aus dem Haus- und Grundbesitz höher besteuern müssen.
Die Wertzuwachssteuer ist aber eine viel gerechtere
Steuer wie die Grundsteuer, und sie wird auch leichter
getragen als diese. Ich behaupte, daß die Grund-
steuer vom gemeinen Wert gut und segensreich gewirkt
hat und den Hausbesitzern sehr zugute gekommen ist,
und zwar gerade denen, die Häuser haben, welche eine
verhältnismäßig große Rente abwerfen, die aber schwer
zu bewirtschaften sind, da sie viele kleine Wohnungen
enthalten für die minderbemittelten Klassen. Die Last
wurde hier mehr auf die starken Schultern abgewälzt
auf diejenigen, die Häuser mit großen Wohnungen haben,
oder ihre Häuser allein bewohnen. Unter Zugrunde-
legung der staatlichen Veranlagung würden die hochbe-
werteten unbewohnten Grundstücke die lächerlich geringe
Summe von 8000 M. Steuer abwerfen, während sie so
die Summe von 180- bis 200 000 M. ergeben. Schließlich
bittet Redner, mit der Staatsberatung schleunigst Schluß
zu machen, damit die Sache weiter verfolgt werden
könne; es sei zu der Realsteuererhebung die Genehmi-
gung des Ministers einzuholen. Es sei zwar nicht ganz
neu, was er gesagt, aber er halte es mit Goethe, der ge-
meint, die Wahrheit könne nicht oft genug wiederholt
werden, weil ja auch die Irrtümer oft wiederholt
würden.

Stadtverordneter Dr. Alberti führt aus, man
könne unmöglich an eine sprunghafte Erhöhung der Ein-
kommensteuer denken. Wenn für die Wertzuwachssteuer
eine Form gewählt würde, wonach nicht der ganze
Grundbesitz gleichmäßig belastet werde, werde sie nicht
mehr viel Gegner haben. In der Vorlage sei ja eine
starke Kritik geübt worden, man habe dagegen eingewen-
det, daß man damit gar nicht die Freude erlobe, die man
erwarte, denn auf der einen Seite bedeute die Steuer
eine ungerechtfertigte Last, auf der anderen würden
nicht die Gewinne getroffen, die getroffen werden sollten.
Wenn der Magistrat sich der dankenswerten Mühe un-
terziehe und nach diesen Kritiken die Sache bearbeite,
so werde etwas herauskommen, was allgemein befriedige.
Von der Konzessionssteuer sei doch ein ansehn-
licher Ertrag zu erwarten, ebenso von der Kurtaxe,
die auch in anderer Form eingeführt werden könne, un-
ter der die gleiche Sache getroffen werde. Er hoffe, daß
diese Abgabe doch noch Annahme finden werde, an Vor-
schlägen fehle es nicht.

Stadtverordneter Fink will gegenüber der Suche
nach neuen Steuern darauf hinweisen, daß unmöglich
dadurch der Mittelstand, das Handwerk, getroffen
werden könne, denn dieser sei auf der Höhe seiner
Leistungsfähigkeit in bezug auf Steuern angelangt. Man
solle suchen, ihn zu entlasten. Der Einführung der
Kurtaxe steht Redner sympathisch gegenüber; er meint,
es sei besser, die Fremden direkt als nach § 9 des Kom-
munalabgabengesetzes die Hotelbesitzer zu treffen. Die-
sen Standpunkt habe ihm gegenüber auch ein Hotelbe-
sitzer vertreten.

Stadtverordneter v. Detten gibt seiner Freude
darüber Ausdruck, daß es dem Ausschuß gelungen ist,
208 000 M. am Budget zu streichen, gegenüber der großen
Steigerung der Schuldzinsen sei es gerechtfertigt, das
Schuldgeld etwas zu erhöhen. Den Standpunkt, den Herr
v. Ca. deutlich vertreten, es sei nobel, viel Schulden zu
haben, teile er nicht. Man müsse vor allen Dingen auf
Sparsamkeit bedacht sein. Bei allen Steuern müßte die
Richtigkeitsurteil gelten, daß der am meisten bezahlte, der die
größten Vorteile von den Aufwendungen der Stadt
habe, die Geschäftleute, Hoteliers und Badewirte. (Zus-
timmung, lebhafter Widerspruch, ironische Bravorufe
und Lachen.) Redner empfiehlt schließlich die Einfüh-
rung eines Etatsjahres; dann würden auch
die städtischen Obligationen im Kurse steigen.

Oberbürgermeister Dr. v. Jbell erwidert auf den
letzteren Vorschlag, daß dieser sich nach Lage der Ver-
hältnisse und nach Art der Begebung der Anleihen zur-
zeit nicht verwirklichen lasse.

Stadtverordn. Schröder führt aus, sich mit der
Erhöhung der Gewerbesteuer von 125 auf
150 Prozent nicht einverstanden erklären zu können.
Diese Erhöhung sei nicht zu rechtfertigen, um so wen-
ger, als sich die Gewerbesteuer als eine Doppelbesteue-
rung eines Ertrages darstelle, der mit Mühe dem Ge-
werbe abgerungen und der mit der Gewerbe- und der
Einkommensteuer belegt werde. Zu einer Erhöhung sei
die gegenwärtige Lage der Verhältnisse gar nicht ange-
tan. Er stelle den Antrag, die Erhöhung abzuleh-
nen. Der Ausfall könne durch Einstellung eines höhe-
ren Ertrages der Einkommensteuer gedeckt werden.

Stadtverordneter Gul: Bei Durchsicht des Etats
dränge einem sich die Überzeugung auf, daß Wiesbaden
mehr wie andere Städte für die Befrieden der Sorge, die
Interessen der Unbemittelten aber zurückstelle. Die
Einkommensteuer sei so gering bemessen, daß sie nicht ein-
mal zur Deduktion der Verzinsung und Tilgung der
Schulden ausreiche. Der große Klassenunterschied zeige
sich auch bei den Befolgungen der höheren, mittleren
und unteren Beamten, sowie Arbeitern. Unter dem
Titel Friedhof ständen 22000 M. Einnahmen, aber
44000 M. Ausgaben. Das sei ein offenkundiges Un-
recht; die hohen Aufwendungen würden gemacht, damit
die reichen Leute prunken könnten und die armen müß-
ten es bezahlen. (Rufe: Die bezahlen ja gar nichts.)
Redner wendet sich auch gegen die hohen Aufwendungen
für das Theater, und zur Verminderung der Schulden
empfiehlt er eine stufenmäßige Festsetzung
des Schulgeldes gemäß dem Einkommen
der Eltern. Die gutsituierten Leute könnten nicht
verlangen, daß die Stadt ihnen einen solchen Zuschuß
leiste. Den minderbemittelten Leuten, die begabte
Kinder hätten, müsse Gelegenheit gegeben werden, diese
in die höheren Schulen zu schicken. Die Reiseföhren der
Beamten seien mit 3000 M. zu hoch bemessen. Frank-
furt sei dreimal größer als Wiesbaden, doch wende dieses
für Schreibmaterial 40 000 M., Frankfurt nur 84 000
auf. Redner bemängelt weiter die Pösten von 3000 M.
für Bahnen und 356 000 M. für Waldpromenaden,
empfiehlt dagegen die Vermehrung der Be-
dürfnisanstalten in der Stadt und die An-
lage von freien Plätzen für Erwachsene und
Kinder. Er verurteilt das Verfahren eines entlassenen
Oberfeuerwehmannes, der eine Kantine unterhalten,
und damit 18 M. Nebenverdienst pro Woche sich ver-
schafft habe. Redner kritisiert dann die strenge mili-
tärische Handhabung der Disziplin bei der Feuerwache,
die harten Bestrafungen durch den Branddirektor
und die Verwendung von Feuerwehrleuten in dessen
Haushalt. Der Redner will noch auf die Gas- und
Wasserwerks-Verwaltung eingehen, wird aber veranlaßt,
damit bis zur Beratung des bezüglichen Etats zu
warten.

Stadtverordneter Gsch. der Referent des Aus-
schusses, bemerkt im Allgemeinen, daß wohl eine Mehr-
einnahme von 200 000 M. ganz sicher eintreten werde,
daß man diesen Betrag aber nicht in den Etat einsehen
könne, da man doch mit Überschüssen arbeiten wolle.
Gegenüber dem Antrag Schröder weist Redner darauf
hin, daß die Regierung sich mit dem alten Satz von 125
Prozent der Gewerbesteuer nicht einverstanden erklären
werde. Andere Städte, die mit Wiesbaden konkurrieren,
hätten bereits 150 Prozent eingeführt. Bezüglich der
Einführung eines höheren Schulgeldes bemerkt Redner,
der Staat erhebe 180 M., so viel könne auch die Stadt
erheben, aber höher zu gehen empfehle sich nicht. Durch
Verminderung der Kosten für Renovierung des
Museums erhöhe sich der Dispositionsfonds der
Stadtverordneten-Versammlung auf 108 000 M.

Stadtverordneter Böw erwidert auf die Äußerungen
des Stadtverordneten Gul, der Branddirektor sei ein
tüchtiger Mann, der seine Schuldigkeit tue. Daß die
Feuerwache musterfähig im ganzen Regierungsbezirk
dastünde, sei ein Verdienst des Branddirektors Stahl.

Oberbürgermeister Dr. v. Jbell gibt in dieser An-
gelegenheit zu bedenken, daß es richtiger sei, wenn die
betreffenden Bediensteten den Beschwerdeweg beschritten,
und werde ihnen dann nach ihrer Ansicht kein Recht, so
sei es immer noch Zeit, an die Stadtverordneten heran-
zutreten. Er, Redner, habe die Gewohnheit, jede Be-
schwerde auf das genaueste zu untersuchen. Auch er könne
nur bestätigen, daß die Feuerwehr ihre Schuldigkeit tue.

Stadtverordneter Gul wendet dagegen ein, daß er
die harten Bestrafungen bemängelt, aber über die Qua-
lifikation der Feuerwehr kein Wort verloren habe.

Bei der Spezialberatung des Etats bemängelt
Stadtverordneter Böw den schlechten Zustand der
Röderallee, die bei schlechtem Wetter unpassierbar
sei. Dasselbe gelte für die Allee in der Schwabacher-
straße. Redner hofft, daß endlich im nächsten Jahre die
Mittel für Mosatferreisen vorgeesehen werden.

Stadtverordneter Sieberl bringt dieselben
Klagen bezüglich der Adolfsallee vor.

Stadtverordneter Schröder gibt seinem Besrem-
den darüber Ausdruck, daß bei der Staatsberatung kein
Vertreter des Stadtbauamts anwesen-
de ist. Er empfiehlt ein beschleunigteres Vorgehen bei dem
Ausbau des Volkshospitals. Dem westlichen
Bezirk dürfe hier etwas mehr Entgegenkommen gezeigt
werden. Der Ausbau liege auch im Interesse der Stadt,
die dort Bauplätze habe.

Beigeordneter Körner bemerkt, daß dazu die
Kanalisierung des Baches gehöre, wozu wieder die Ein-
willigung der Bienenbesitzer gehöre, die das Bewässerungsrecht hätten, worauf

Stadtverordneter Schröder erwidert, der „West-
liche Bezirksverein“ habe der Stadt bereits nachgewiesen,
daß ein solches Recht nicht mehr bestehe.

Beigeordneter Körner erklärt noch, daß die Ver-
besserung der Allee im Auge behalten werde.

Stadtverordneter Dr. Alberti bemerkt, die An-
wohner der Fischerstraße seien nach Eröffnung des

neuen Bahnhofes dadurch enttäuscht worden, daß der Durchgang nach dem Bahnhof und der Post, der lange Zeit vorher bestanden, gesperrt worden ist.

Beigeordneter Körner erwidert, daß der Antrag der Stadt, den Weg bestehen zu lassen, vom Fiskus abgelehnt worden sei.

Stadtverordneter Dr. Cuny meint, die Befestigung der Schneemassen im Winter würde verfehrt gehandhabt. In allererster Linie sollte man die abschüssigen Straßen reinigen, um dadurch den vielbeschlagenen Tierquälereien zu begegnen.

Oberbürgermeister Dr. v. Jbell erwidert, zuerst müßten die Straßen mit großem Verkehr gereinigt werden, und dies seien naturgemäß die in der Ebene. Aber die anderen Straßen sollten mehr als bisher berücksichtigt werden. Tierquälereien kämen aber nicht bloß vor, wenn Schnee liege. Die Polizei solle darauf halten, daß steile Straßen nur mit limitierter Belastung befahren würden. Die Alleen ließen sich, wenn es abwechselnd friere und taue, nicht trocken halten, hier könne nur Rosaspaltel helfen.

Stadtverordneter Hef schließt sich der Beschwerde des Stadtverordneten Dr. Alberti wegen der Absperzung der Fischerstraße von Bahnhof und Post an und empfiehlt, bei der Regierung vorstellend zu werden, daß der Weg wieder geöffnet werde.

Stadtverordneter Fischer-Dick bezeichnet es als notwendig, bei Glätte auf den steilen Straßen zu streuen, wie es sonst geschehen, in diesem Jahre jedoch nicht. Damit könnte großen Gefahren auch für die Passanten vorgebeugt werden.

Stadtverordneter Fink regt eine Verbesserung des Zugangs zum alten Friedhof an.

Stadtverordneter Siebert empfiehlt für die Reichenhülle des neuen Südfriedhofes eine himmelsvollere Ausgestaltung. Die Malerei in der Halle des alten Friedhofes müsse als eine groteske Geschmacklosigkeit bezeichnet werden. Dort seien mehr Stühle und eine größere Fußmatte notwendig.

Beigeordneter Dr. Scholz bemerkt zu den Ausführungen des Stadtverordneten Gul bezüglich des Friedhofes, das Gegenteil sei der Fall, denn es wären 44.000 M. Einnahmen und 22.000 M. Ausgaben vorgefallen.

Stadtverordneter Fischer-Dick weist bezüglich der Zuvendigung auf den „Volkshilfsverein“ (der von 8000 M. auf 10.000 M. erhöht wird — der Verein hatte 12.000 M. erbeuten) darauf hin, daß dieser mit geringen Mitteln Außerordentliches leistet. Er bittet, dem Verein, der eine 6. Volksbibliothek einrichten und die Vesehalle vergrößern wolle, für die Folge das Wohlwollen zu erhalten und ihn weiter zu unterstützen.

Stadtverordneter Dr. Cuny wendet sich gegen die Absicht an den Reinigungskosten für einzelne Schulen; er möchte nicht, daß die Reinigung dadurch not leide, worauf Stadtverordneter Esch darlegt, daß dies nicht zu befürchten sei.

Stadtverordneter Siebert bemerkt bei dem Schuletat, daß die Schulen mitunter so wenig leisteten, liege an den überfüllten Klassen, was auch aus gesundheitlichen Rücksichten verwerflich sei. Mehr als 30 Schüler sollte keine Klasse zählen. Dies sei ein Ziel, aufs innigste zu wünschen.

Stadtverordneter Dr. Cuny bemerkt dazu, die Leistungen der Abgangsklassen der Volksschulen hängen auf der Höhe der Zeit, wovon sich der Vorredner durch den Besuch einer Prüfung überzeugen könne. In keiner Stadt werde mehr geleistet. Der ideale Zustand, daß die Klassen nur 30 Schüler zählen, sei nur zu begrüßen; die Ärzte wären froh, wenn die Klassen nur 50 hätten. Die unteren Klassen aber gingen weit darüber hinaus. Der ideale Zustand koste unendlich viel Geld. Die Befürchtungen des Vorredners in gesundheitlicher Hinsicht seien nicht stichhaltig. In hygienischer Hinsicht ließen die neuen Schulen nichts zu wünschen übrig. In den alten Gebäuden freilich sei dies nicht ganz so, doch die könne man nicht einfach lassen. Aber auch in pädagogischer Beziehung ließen unsere Volksschulen nichts zu wünschen übrig.

Stadtverordneter Siebert erwidert, er habe bezüglich des Unterrichts mehr an die höheren Schulen gedacht. Jetzt seien ja auch hier bessere Methoden eingeführt, aber früher habe einer acht Jahre Französisch gelernt, und wenn er nach Frankreich gekommen, hätte er sich noch kein Butterbrot verdienen können. Bei einer verminderten Schülerzahl würden jedenfalls die hygienischen Verhältnisse wie der Unterricht nur gewinnen. Wenn die Klasse mehr wie 50 Schüler zähle, so sei dies höchst unerfreulich.

Oberbürgermeister Dr. v. Jbell bemerkt dazu, daß die Stadterwaltung schon lange an diesem Knochen knabberte. Der Durchschnitt sei nun auf 58 heruntergedrückt, er habe früher 60 betragen. Es sei das ständige Bestreben der Verwaltung und der Schulinspektion sei auch darauf aus, in den Volksschulen die Zahl auf 50 zu vermindern; nun sei man auch nahe daran, es habe jedoch Mühe genug gekostet. Wollte man auf 30 heruntergehen, so müßte man für $\frac{2}{3}$ der Kinder neue Räume schaffen, abgesehen von dem Zuwachs. Dieses Ideal werde sich nicht erreichen lassen. Mit den Ausgaben wolle man immer an der Spitze der Nation marschieren, aber wenn der Magistrat Geld haben wolle, dann werde die Vorlage „in dieser Form“ nicht für annehmbar erklärt. (Heiterkeit.)

Stadtverordneter Becker macht auf die Mißstände aufmerksam, die für Feldwege da entstehen, wenn an der Peripherie gebaut werde. Es müsse darauf hingewirkt werden, daß die Interessenten die Übergänge von den bestehenden Straßen zu den Feldwegen in brauchbaren Zustand versetzten. Am Ende der Westendstraße beständen gegenwärtig unerträgliche Zustände.

Stadtverordneter Esch spricht sich aus den angeführten Gründen wiederholt sehr entschieden gegen den Antrag Schröder aus, den

Stadtverordneter Baumbach befürwortet mit dem Hinzufügen, daß sich der Anfall durch eine Verdoppelung der Hundesteuer decken lasse.

Stadtkämmerer Dr. Scholz bittet, die Steuererhebung durch Annahme des Antrags Schröder nicht zu gefährden. Die Herabsetzung der Gewerbesteuer werde auf den Widerspruch der Regierung stoßen, weil sie dann in keinem rechten Verhältnis mehr zur Grundsteuer stehe. Redner erinnert daran, daß der Magistrat seinerzeit von der Sonderbesteuerung des Gewerbes, die der Minister warm empfohlen, abgesehen habe, während andere Städte darauf eingegangen seien.

Stadtverordneter Dr. Dreyer bittet ebenfalls, nicht darauf hinzuwirken, den Unterschied zwischen beiden Steuerarten noch zu vergrößern, es sei schon zweifelhaft, ob die Regierung die Vorschläge genehmige.

Damit schließt die Diskussion, und es gelangt der Antrag Schröder zur Abstimmung und mit kleiner Mehrheit zur Annahme. Doch es wird aus der Mitte der Versammlung bezweifelt, daß diese noch beschlußfähig sei; eine Auszählung ergibt dann auch die Beschlußfähigkeit, wodurch der letzte Versuch ungültig wird. Aber auch jede weitere Beratung ist dadurch unmöglich, und der Vorsitzende vertagt deshalb die Versammlung auf nächsten Freitag, den 8. März. — Schluß gegen 7 Uhr.

Gerichtssaal.

rk. Darmstadt, 7. März. Vor dem Kriegsgericht der 25. Division begann heute die Verhandlung gegen den Wachtmeister Lauerbach aus Wuthbach von der 2. Batterie des Artillerie-Regiments Nr. 25, der in über 1000 Fällen der Soldatenmißhandlung und vorschriftswidriger Behandlung Untergeordneter angeklagt ist. Es sind 70 Zeugen geladen. Sie befanden, daß Lauerbach seit 1898 die Leute getreten, mit Stock und Knüttel blutig geschlagen, sie auf der Kammer mit dem Säbel mißhandelt und ihnen die Brustwarzen blutig gedrückt habe. Er behauptet, die Leute nur zu ihrer besseren Ausbildung so behandelt zu haben. Es sind zwei Verhandlungstage vorgesehen.

* Vom Wesen des Kaufvertrages. Der Fabrikant M. zu Urdingen übertrug dem Fabrikanten L. zu Düsseldorf ein ihm gekauftes Gebrauchsmuster an einem Dahn zu einem Dampfessel zum alleinigen Eigentum. Als Gegenleistung sollte L. ihm für jeden verkauften Dampfessel, solange das Muster gesetzlich geschützt ist, 3 M. zahlen. Da L. mit Einhaltung seiner Zahlungsverpflichtung im Rückstand blieb und auch eine ihm von M. gestellte Nachfrist unberücksichtigt gelassen hatte, trat letzterer vom Vertrage zurück und klagte gegen L., daß dieser das Gebrauchsmuster wieder an ihn abtrete. Das Landgericht zu Düsseldorf gab der Klage statt. Es nimmt an, daß gar kein Kaufvertrag zwischen den Parteien zustande gekommen sei. Zur Begriffsbestimmung des Kaufes gehöre die Bestimmtheit, bezw. Bestimmbarkeit des Kaufpreises; dieser habe aber zur Zeit des Abschlusses des Vertrages ziffermäßig nicht festgestanden. Das Obergericht des Landesgericht, das in der Berufungsinstanz zu entscheiden hatte, ist jedoch der Auffassung, daß hier ein Kaufvertrag vorliegt, und begründet dies wie folgt: Ein Kaufvertrag gilt wie jeder andere Vertrag als ab-

geschlossen, wenn die Parteien sich über alle Punkte, über die eine Vereinbarung getroffen werden soll, geeinigt haben. In diesem Falle war eine Bestimmung über den Kaufpreis dahin getroffen worden, daß durch den Käufer von jedem abgesetzten Dahn ein Betrag von 3 M. an den Verkäufer zu entrichten sei. Daß die Höhe des Kaufpreises schon zur Zeit des Vertragsabschlusses ziffermäßig feststehen müsse, sei nicht erforderlich. Wenn demnach ein Kaufvertrag vorliege, so schließe aber die Vorschrift des § 454 BGB. den Klageanspruch aus. Nach dieser Bestimmung steht dem Verkäufer, der den Vertrag erfüllt und den Kaufpreis gestundet hat, keinesfalls im vorliegenden Falle zu, das von dem Käufer mit der Klage verfolgte Rücktrittsrecht vom Kaufvertrage aus § 326 BGB. nicht zu. In Konsequenz dieser Auffassung hob das Obergericht (Entscheidung des 11. Zivilsenats vom 22. Dezember v. J.) das landgerichtliche Urteil auf und wies die Klage ab.

* Berlin, 7. März. Eine anarchistische Broschüre beschuldigt gestern die erste Strafkammer des Landgerichts I. Wegen Aufreißung zum Ungehorsam gegen die Gesehe und zu freisbaren Handlungen, sowie wegen Aufreizung verschiedener Klassen der Bevölkerung zu Gewalttätigkeiten hatten sich der Tuchmacher Paul Traubke, der Gutmacher Müller und der Maurer Müller zu verantworten. Unter Auflage gestellt waren zwei Artikel der anarchistischen Zeitung „Revolutionär“. Das Gericht sprach den Angeklagten Müller frei; Traubke, als die eigentlich treibende Kraft, und Müller wurden zu je 4 Monaten Gefängnis verurteilt.

Sport.

L. K. Rhein- und Taunusklub Wiesbaden. Die nächste, 3. Hauptwanderung am kommenden Sonntag, den 10. März, führt den Klub in erster Linie durch sein eigenes Arbeitsgebiet, den westlichen Taunus, und dürfte dieselbe, da sie über unsere am prächtigsten Aussicht so reichen Höhen führt, zu reger Teilnahme empfohlen werden. Abmarsch früh 7 Uhr vom Kesselhof nach dem Weg, wo einst das Kriegerdenkmal stand, über die Leichtersteinschlucht, am Rabengrund vorbei, Riffelsborn nach der Blatte (8½ Uhr). Von hier der Markierung roter Strich folgend bis zur Trompeterstraße, von welcher beim hohen Wald der Weg nach der hohen Angel rechts abbiegt, Markierung schwarzer Strich. Ankunft 10¼ Uhr. Eine Rast von 10 Minuten soll uns die Aussicht von der fagenuntenbenen Höhe zeigen. So dankenswerten es auch war, hier oben den kleinen Aussichtsturm zu erbauen, so bleibt doch stets zu bedauern, daß dieser gerade auf dem gewaltigen Felsen aufgebaut wurde. Von diesem Felsen erzählt uns die Mär, daß Brunhilde ihn 12 Mäher weit geworfen hätte, um Gunthers Werbung zu erschweren. Doch der Burgunder König, dem Siegfried unter dem Schutze der Lärntappe widerstand, warf jenen Stein noch viel weiter und widerstehend mußte die stolze Walküre mit ihren Namen Gunter als ihrem Gemahl huldigen. Die direkte Markierung nach dem Kesselhof, gelber Pfeil, wird jenseits des Daisbachtals verlassen und auf dem Weg schwarzer Punkt erreichen wir 11 Uhr 40 Min. den Kesselhof. Da erst hier die erste Einkehr gehalten wird, ist es geboten, sich frühlich mitzunehmen. Sollte die große Teilnehmerzahl eine Teilung in die Restaurationen auf dem Kesselhof und in Niedernhausen erfordern, so wird gebeten, sich den betreffenden Anordnungen der Herren Führer Was und Boos zu fügen, um bei dem Weitermarsch, der meist weniger betannte Wege einhält, ein Verirren der Spurensenden zu vermeiden. Abmarsch 12 Uhr 35 Min. über Niedernhausen, 2 Uhr, Premsthal 3 Uhr, nach Badendhausen 3½ Uhr. Der gewählte Weg bietet herrliche Ausblicke auf den östlichen Taunus, den Judentopf, Stäufen, Kuppel und in der Ferne den mächtigen Allfönig. Das Essen wird in Badendhausen, Hotel Rastauer Hof, eingenommen und werden sich hieran einige frohe Stunden anreihen, denn erst um 9 Uhr wird die Abfahrt von Eppstein erfolgen, an Wiesbaden 10 Uhr 13 Min. Die Gesamtmarichzeit beträgt 6¼ Stunden, wobei bereits die Marschzeiten überall reichlich angenommen sind, um dem veralteten Gerücht mancher, daß die Wanderungen in allzu eiliger Gangart unternommen wurden, entgegen zu treten und bietet Herr Was, der als einer der sorgsamsten Führer des Klubs bekannt ist, hierfür die beste Gewähr. Die Teilnehmerkarten zum Preis von 3.10 M. für Essen, ½ Flasche Wein mit Trinkgeld, sowie zur Rückfahrt von Eppstein nach Wiesbaden sind bis Samstagabend 7 Uhr bei den Herren Audio, Weder, Große Durnstraße 11, A. Bad, Lisenplatz und Hagbach, Hellmündstraße 43, zu lösen. Bemerkte sei noch, daß Nachzügler sich recht gut noch vom Kesselhof bezw. Niedernhausen der Wanderung anschließen können.

* Fußball. Die mit mehreren Erfolgen spielende erste Mannschaft des 1. Wiesbadener Fußball-Klubs von 1901 konnte am letzten Sonntag über die erste des Wiesbadener Fußball-Klubs „Riders“ mit 2-1 siegen, während die 2. Mannschaft in Frankfurt, mit 4 Erfolgen spielend, sich der kompletten zweiten des Frankfurter Fußball-Klubs „Riders“, einer vorzüglichen Mannschaft, mit 8-0 beugen mußte.

* Welterwaldklub Wiesbaden (gegr. 1906). Wir wollen nicht veräumen, nochmals aufmerksam zu machen auf die am nächsten Samstag, den 9. cr., im Vereinslokal (Zum stumpfen Tor, Schwabacherstraße Nr. 49) stattfindende Monatsversammlung, da keine weiteren Einladungen zu derselben erfolgen. Beanmeldungen von Mitgliedschaften werden jederzeit beim Vorstand, sowie im Vereinslokal angenommen.



KOSMIN

Wenn das von Ihnen bisher gebrauchte Mundwasser zu Ende ist, so empfehlen wir Ihnen, an dessen Stelle einen Versuch mit **Kosmin** zu machen. Sie werden finden, daß Sie dieses in ganz besonderem Maße befriedigt, denn **Kosmin** hat überaus erfrischenden Wohlgeschmack, konserviert die Zähne und kräftigt das Zahnfleisch. Flasche Mk. 1.50, lange ausreichend, überall käuflich.

Pfeiffer & Co, Bankgeschäft, Wiesbaden

Langgasse 16.

Zur Aufbewahrung von Wertpapieren und Wertgegenständen
empfehlen wir unser

Stahlpanzer-Gewölbe.

In diesem Gewölbe, welches nach den neuesten Erfahrungen der modernen Technik einbruchs- und feuersicher hergestellt ist, vermieten wir unter Selbstverschluss der Mieter stehende eiserne Schrankfächer (Safes) in verschiedenen Grössen.

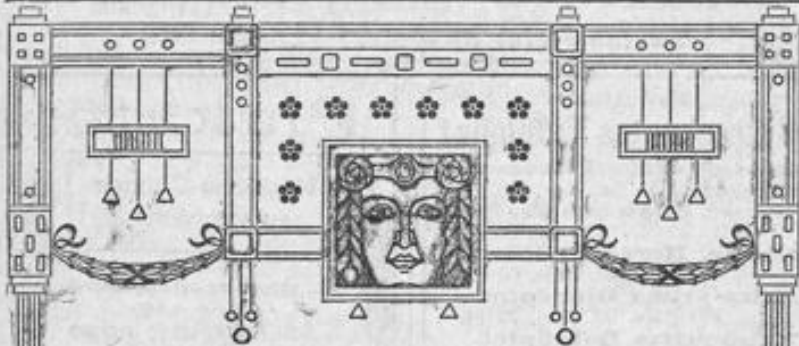
Geschäftsstunden: 9—1 und 3—6 Uhr; Tags vor Sonn- und Feiertagen nur bis 4 Uhr.

„Die Heilsarmee“, Scharnhorststraße 19.

Freitag, den 8. März, abends 8 1/2 Uhr:

Besondere Versammlung,

geleitet von Kapitän Franz aus Berlin. Der Gesangschor, sowie die Gitarren-Brigade werden mitwirken. Jedermann willkommen.



Drucksachen im Biedermeier-Styl

wie kein anderer geeignet zur
Herstellung wirklich eleganter

Frühjahrs-Circulare

für jeden Geschäftszweig passend,
liefert in kürzester Zeit und bei
durchaus mäßigen Preisen die

L. Schellenberg'sche Hofbuchdruckerei

Ferpßgasse Nr. 2266. *** Kontore: Langgasse 27.



Großer Massenfischverkauf.

Prima Schellfische, nach Größe, 30—50 Pf., Kabeljau, ganze Fische, 30 Pf., im Ausschnitt 40 Pf., Dörsedors 40 Pf., Backfische ohne Gräten 30 Pf.

Frische grüne Heringe zum Backen pro Pfd. 25 Pf., 5 Pfund 1 Mt.

Lebende Rheinländer 1.20—1.50, Flußzander 1 Mt., lebende Hechte 1.20—1.50, Karpfen, Schleien, Barbe, Bachforellen, Hummern etc. billigst.

Heilbutt im Ausschnitt 1.60 Mt., Schollen 70 Pf., rotfleischiger Salm 1.80 Mt., Rougets 80 Pf., Makrelen 80 Pf., Eperlan 50 Pf., Angelfische 60—70 Pf., Angelfisch im Ausschnitt 60—70 Pf.

Echte Holländische Bratbücklinge 8 Pf., Duh. 80 Pf., echte Monikendamer Bratbücklinge 15 Pf., Duhend 1.50 Mt. K171

Modes. Angeh. 2. Arb. u. Schrm. per sofort gesucht. E. Wald, Sedanplatz 4.

Ein erfahrene Mädchen für kleinen Haushalt gesucht Kirchgasse 25, 1. Et. Gottschalk.

Laufmädchen sofort gesucht. Lohn 20 Mark. J. Tauber, Webergasse.

Schreiberlehrling für sofort oder 1. April cr. gesucht. Rechtsanwält Dr. Kometz und Rühne.

Zuvers. Junge zum Austragen von Journalen für einige Stunden Sonstagsnachm. gesucht. Buchhandlung Maritzstraße 6.

Ein Ketten-Armband mit Türken verloren. Abzug. geg. Belohnung Hotel Bellevue.

Eiserne Schraube zum Stützrahmen verloren. Abzugeben Bachmayerstr. 7, B.

Phrenologin, berühmte, täglich zu sprechen. Hellmündstr. 15, Stb. 1.

Dilling, afd. geb. Herr, 28 J., schlant, dunkl. H., hup. Grsch., sucht d. Bekanntschaft. e. weit. lebensl. freudl., unabh. Dame zw. event. Heirat. Discretion verlangt u. zugesichert. Gef. Off. unt. U. 373 an den Tagbl.-Berl.

Danf m. sch. Sonne, vielen Dank! Dienst. Ab. war es m. sonnenklar! Aber warum? Wie d. Zeiten sich änd.!! Vorüber, vorbei geht auch Leid und Freude ab. Kor. 1. 13. 13. J. werde auch J. Wunsch entspr. u. leben S. wohl m. lieb. sch. Ideal aus d. weit. hoh. gerne!

Salice piang.

Fremden-Verzeichnis.

Kuranstalt Dr. Abend. Meyer, Fr. Apotheker, St. Goar.
Hotel Adler Badhaus. Schetter, Bischweiler. — Schetter, Kfm., Bischweiler. — Ockert, Frau Direktor, Barmen.

Belgischer Hof. Kosenbach, Hotelbes., Bonn.
Bellevue. Ackermann, Rent. m. Fr., Heilbronn. — van Eupen, Rechtsanw., Düsseldorf.

Schwarzer Bock. Denekamp, Dr. med., Brüssel. — Fettweis, Kfm., Köln.

Hotel u. Badhaus Continental. Pohl, Kfm., Strassburg.

Hotel Einhorn. Mayer, Kfm., Chemnitz. — Dernburg, Kfm., Dieburg. — Frank, Kfm., Thüngen.

Eisenbahn-Hotel. Andres, Ing., Ludwigshafen. — Tamber, Michelbacher Hütte. — Jennesen, Kfm., Rheidt. — Dittert, Kfm., Dresden.

Englischer Hof. Lochert, Fr., Mannheim. — Hansen, Fr., Mannheim.

Hotel Erbprinz. Makonowski, Fabrikant m. Fr., M. Gladbach. — Guth, Kfm., Frankfurt. — Wirth, Kfm., Mannheim. — Raab, Kfm., Wolfenhausen. — Fleischmann, Fr., Köln.

Europäischer Hof. Ercischlag, Kfm., Oberstein.

Hotel Falstaff. Born, Fr., Stromberg. — Müller, Kfm., Trier.

Hotel Fuhr. Moser, Kfm., Weilburg. — Kemper, Kfm., Elberfeld.

Hotel Hapfel. Gabel, Kfm., Leipzig. — Monsen, Kfm., Krefeld. — Stein, Kfm., Düsseldorf. — Schütz, Architekt m. Frau, Berlin. — Thaler, Kfm., Köln.

Hotel Hohenzollern. von Heckeren von Molecaten, Frau Baronin, Holland. — van der Goes, Baronin, Holland. — von Heckeren von Molecaten, Baroness, Holland. — van der Goes, Baroness, Holland.

Grüner Wald. Rosenthal, Kfm., Krefeld. — Müller, Kfm., Burg. — Bettink, Stud., Utrecht. — Bauer, Apotheker, Stuttgart. — Faure, Fr., Charlottenburg. — Skaller, Kfm., m. Fr., Hamburg. — Flügel, Kfm., Köln. — Stiede, Kfm., Erlurt. — Thurm, Kfm., Koblenz. — Tirschtig, Kfm., Berlin. — Speicher, Kfm., Duisburg. — Stauka, Kfm., Plauen. — Hochscheidt, Kfm., M. Gladbach. — Rosenthal, Kfm., Berlin. — Hecker, Kfm., Giesen. — Kahn, Kfm., Aachen. — Schwarz, Kfm., Wien. — Scheidt, Kfm., Berlin. — Marcus, Kfm., Berlin. — Thies, Kfm., Mannheim. — Scher, Kfm., Berlin. — Haehaus, Rent. m. Fr., Mehlum. — Strienz, Kfm., Stuttgart. — Pfannstiel, Dr. m. Fr., Biedenkopf. — Schatt, Kfm., Hanau. — Remy, Kfm., Köln. — Krug, Kfm., Hanau.

Hamburger Hof. Goldschmidt, Fr. m. Begl., Köln.

Vier Jahreszeiten. Beckherra, Oberleut., Königsberg.

Kaiserhof. Plate, m. Fr., Hamburg.

Kölnischer Hof. Kalass, Rent., Spandau. — v. Altenstadt, Fr. General mit Pflegerin, Hedunischen.

Metropole u. Monopol. Deilmann, Dortmund. — Kuhlmann, Ingen., Offenbach. — Lehmann, Brüssel.

Hotel Minerva. Blanck, Hauptm., Berlin. — von Baumbach, Kassel. — Lommatsch, Reg.-Rat, Kassel.

Hotel Nassau u. Hotel Cecilie. Gais, Dr. med., Berlin. — Brandenburger, Fr., Rorschach. — Strans, m. Fr., Freiburg. — Stokvis, m. Fr., Rotterdam. — Christensen, Etatsrat, Dänemark. — von Svorm, Russland.

Nonnenhof. Lautz, Kfm., Bochum. — Auweiler, Kfm., Elberfeld. — Noll, Kfm., Frankfurt. — Bernstein, Fabrikant, Würzburg.

Hotel du Parc u. Bristol. Stein, Stuttgart.

Pariser Hof. Bousset, Fr. Prof., Göttingen. — Sattig, Fr., Göttingen.

Palast-Hotel. Regula, Rechtsanwalt u. Notar mit Frau, Harburg. — Kohn, Kfm. m. Fr., Breslau. — Levy, Kfm., Worms. — Mosbacher, Kfm. m. Fr., London. — Keding, Gutes., Schmakenin. — Rosenthal, Rent., Mogan. — Kippenberg, Fr. Dr., St. Louis. — Keding, Fr., Schmakenin.

Zur guten Quelle. Bohley, Steinbruchsbes., Münster. — Appel. — Jung, Kfm., Michlen.

Hotel Quisisana. Spiegel, Fr. Dr., Berlin. — Blaine, Fr. Rent., London. — Purcell, Fr. Rent., London.

Hotel Reichspost. Fritz, Kfm., Zwickau. — Matthes, Pastor, Neuzedlitz. — Credé, Kfm. m. Fr., Offenbach. — Lang, Kfm., Remscheid. — Berliner, Kfm., Breslau. — Püschel, Ingen., Dresden. — Schmidt, Kfm. m. Fr., Brüssel. — Weissleder, Kfm., Stuttgart.

Hotel Ries. Groebke, Fr., Auf der Schanze. — Berger, Fr., Auf der Schanze. — Kampe, Kfm., Strassburg.

Hotel Rose. Wegeler, Koblenz. — Scharpenseel, Bochum. — Gemusens, Fr., Basel. — Lussy-Gemusens, Fr. Dr., Basel. — Gemusens-Grossmann, Fr., Basel. — Teer, Prof., Basel. — Barnard, Frau, Hastings. — Marmaduke, Dr. med., St. Leonards on Sea. — Loeb, Hamburg.

Hotel Royal. Willich, Kfm., Köln.

Savoy-Hotel. Magat, Kfm., Yorkof. — Hahn, Kfm., Amsterdam. — Prins, Kfm., Amsterdam.

Kuranstalt Dr. Schloss. Gargan, Advokat, Boston. — Gargan, Fr., Boston.

Schützenhof. Mütze, m. Fr., Solingen.

Schweinsbergs. Student, Kfm., Giessen. — Sondheim, Kfm., Giessen. — Seligmann, Kfm., Frankfurt.

Spiegel. Krumbein-Zoellner, Fr. Rent., Friedrichroda.

Zum goldenen Stern. Martin, Kfm., Köln.

Tannhäuser. Gnadt, Kfm., Dresden. — Heinze, Kfm., Berlin. — Tresser, Kfm., Schlitz. — Scholz, Kfm., Dresden. — Lange, Reg.-Baumeister, Essen. — Spangenberg, Ingen., Essen. — Foecke, Kfm., Leipzig.

Tannus-Hotel. Kleinberger, Kfm., Heidelberg. — Linden, Architekt, Barmen. — Rupp, Kfm., Barmen. — Basemann, Oberl., Grauden. — Glette, Oberleut. m. Fr., Diez. — Bartling, Direktor, Würzelen. — v. Henckfort, General, Berlin.

Hotel Union. Diethelm, Zürich. — Fritz, Fr., Herschbach.

Viktoria-Hotel u. Badhaus. Woolland, Kfm., Ratingen. — Keller, Bankdirektor Dr., München. — Hilf, Fr., Limburg. — Trapet, Bonn. — Loock, Fr. Dr. m. Kind, Düsseldorf.

Hotel Vogel. Rehm, Kfm., Berlin. — Bürger, Kfm., Berlin. — Mare, Kfm., Kassel. — Siegfried, Student, Köln.

Hotel Weins. Herold, Rent. Dr., Düsseldorf. — Litterscheidt, Fabrikbes., Würges. — Schmitz, Fr., Oberwesel. — Waldau, Kfm., Frankfurt.

Hotel Westminster. Bier, Fabrikbes., Birkenfeld. — Huber, Fr., Bonn.

Hotel Wilhelma. Olbertz, Rent., Erfurt.

In Privathäusern: Villa Bristol: Lewin, Fr., Uman.

Gr. Burgstrasse 3: Gerlach, Leut., Posen. — Lang, Hauptm. u. Komp.-Chef, Gr. Lichterfelde.

Gr. Burgstrasse 14: Brauns-Droge, Hauptmann m. Fr., Lissa. — Schultze, Leut., Bischofsburg.

Villa Carmen: Engel, Fr., Gr. Lichterfelde. — Engel, Fr., Opersängerin, Gr. Lichterfelde.

Privat-Hotel Colonia: Kierulff, Fr., Riga. — Walter, Fr. Pastor m. Tocht. u. Bed., Dorpat. — Erler, Prof. Kunstmaler, München. — v. Salzmann, Kunstmaler, München. — Spiegel, Kunstmaler, München.

Pension Dahle: Döring, Oberleut. m. Fam., Kiel. — Nagel, Fr. Dr., Birkenfeld. — Nagel, Fr., Birkenfeld.

Dambachtal 8: Benjamin, Fr., Iverdun.

Pension Friedrich Wilhelm: Klebe, Fr. m. Schwester, Hersfeld.

Christliches Hospiz I: v. Kempki-Rakoszyn, Bremen. — Simon, Barmen. — Balz, Fr., Forchtenberg. — v. Kempki-Rakoszyn, Fr., Hannover.

Christliches Hospiz II: Ankers, Fr. m. Tochter, Frankfurt.

Evangelisches Hospiz: Meininghaus, 2 Hrn., Bochum. — Schulze, Werne.

Kirchgasse 4: Classen, Schauspieler m. Fr., Köln. — v. Korsch, Rent., Budapest.

Nerobergstrasse 7: Baumann, Buchh. m. Fr., Leipzig.

Nikolasstrasse 33: Roth, Kfm., Kassel.

Privat-Hotel Silvana: Freiberg, Fr., Köln.

Villa Speranza: Richter, Rittergutsbes., Ludwigslust.

Villa Violetta: Heidsieck, Fabrikbes., Bielefeld. — Bartels, Notar Dr., Hamburg.

Webergasse 3: Baron Widemark, Rittergutsbesitzer, Vacha. — Rosenstock v. Rhöneck, Maj. a. D. m. Fr., Vacha.

Pension Winter: Schubert, Ingen. m. Fr., Moskau.

Augenheilstalt: Nied, St. Wendel. — Steinhäuser, Ernst, Limburg. — Kaus, Katharine, Ehlhalten.